



DIG MAGAZIN

Nr. 2 / 2014



Solidarität mit Israel



Editorial

- 4** Reinhold Robbe
Jetzt mehr denn je.

Großkundgebung Frankfurt

- 6** **Großkundgebung gegen Antisemitismus in Frankfurt am 31.8.2014**
Rede-Ausschnitte

Solidaritätsreise

- 7** „Israel ist nicht allein“
Solidaritätsreise deutscher Politiker nach Israel

Hauptversammlung

- 8** **Einladung und Tagesordnung**

Bedrohung Israels und Solidarität deutscher Freunde

- 9** Daniel Killy
Wankende Werte - über neuen und alten Antisemitismus
- 10** Johannes Gerster
Der Hamas die Waffe wegnehmen

Saarbrücken
Solidaritätskundgebung
- 11** Hannover
Hummus statt Hamas
- 12** Osnabrück
Friedensdemonstration mit kleinem Eklat
- 13** Augsburg
Solidaritätsbesuch in der Synagoge

Ostfriesland
DGB-Skandal
- 14** Kassel
Flagge zeigen ... und in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden

- 15** Nürnberg
Mahnwache und Kundgebung in Nürnberg

Stuttgart
Israel unterstützen - Hamas entwaffnen

- 16** Leipzig
Gegen den antijüdischen Krieg

Heilbronn
Raus aus dem Teufelskreis des Tötens

- 17** Freiburg
Drei Solidaritätskundgebungen für Israel

Düsseldorf
Pro-israelische Solidaritätsveranstaltungen

- 18** Hannover
Presseerklärung der DIG Hannover

Jerusalem Foundation

- 19** **Koexistenz in Jerusalem ja oder nein?**

Praktikantinnen willkommen



7



24

Ehrung und Erinnerung

- 20** Manfred Lahnstein
Ein großer Israeli - Zum Tode von Asher Ben-Natan
- Ehrung für Roland Neidhardt**
- 21** Einweihung der Heinz- und Ruth Galinski-Bibliothek in Jerusalem
- 22** Stefanie Horn
Gedenken an Meggie Jahn

Arbeitsgemeinschaften

- 23** Frankfurt
Angehende Kfz-Mechaniker aus Israel zu Besuch bei der VGF Frankfurt
- 23** Bielefeld
Die Geschichte des Anderen verstehen lernen

- 24** Bonn
Bonner Jugendliche setzen Projekt in Israel fort
- 25** Mannheim
Freundschaft durch Schüleraustausch
- 26** Chemnitz/Erfurt
Mitglieder aus Chemnitz in Erfurt zu Gast
- Freiburg
Mythos Orient
- 27** Ostfriesland
Erstmalig Schalom-Chaver-Preis vergeben
- 28** Augsburg
Festkonzert
- 29** Osnabrück
Sommerfest

Junges Forum

- 29** Lukas Welz
Aus Solidarität mit den Menschen im Nahen Osten. Junges Forum engagiert sich gegen Antisemitismus und Antizionismus

Impressum

Herausgeber:
Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG)
Verantwortlich: Reinhold Robbe
Friedrichstraße 206 • 10969 Berlin
Tel.: 0 30/80 90 70 28 • Fax: 0 30/80 90 70 31
E-Mail: info@digev.de

Redaktion:
Reinhold Robbe, Dieter Ernst,
Hildegard Radhauer, Knut Teske

Layout, Graphik, Satz:
OUTLINE Graphikbüro Dieter Ernst
Sternstraße 39 • 34414 Warburg
Tel.: 0 56 41/83 24 • info@conzedruck.de

Gestaltung Titel und DIG-Logo:
schmitt.kommunikation / Marc Schmitt
Simon-von-Utrecht-Str. 85a
20359 Hamburg
+49.40.571.34706
mail@schmittkommunikation.com

Druck & Verarbeitung:
CONZE DRUCK
Neutorstraße 3 • 34434 Borgentreich
Tel.: 0 56 43/98 02 54 • info@conzedruck.de

Bildnachweis:
Arbeitsgemeinschaften, Jerusalem Foundation,
Burghard Mannhoefer, Dieter Munker,
Florian Matzerath/BILD-Zeitung, Helge Mundt,
André Freud, Bianca Siedenschnur,
Wolfgang Wende, Botschaft des Staates Israel,
Bernd Kilpert, Helga Heise

Titel: *Solidaritätsveranstaltung für Israel in Frankfurt*
Foto: Burghardt Mannhoefer

Erscheinungsweise:
Einmal im Vierteljahr. Der Bezugspreis des DIG-MAGAZINS ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
IBAN: DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC: BELA2333



Auswärtiges Amt

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung
des Auswärtigen Amtes



Jetzt mehr denn je.

Von Reinhold Robbe

In den zurückliegenden Wochen wurde der Welt einmal mehr vor Augen geführt, wie anfällig die Sicherheitslage im Nahen Osten ist. Der jüngste Gaza-Krieg mit seinen Todesopfern, Verwundeten an Leib und Seele und den Zerstörungen auf beiden Seiten hat die Hoffnung auf einen wirklich belastbaren Frieden in weite Ferne rücken lassen. Wir, die wir uns als Freunde Israels verstehen, haben in dieser Zeit die Verbindungen mit den Menschen in Israel ganz besonders intensiv gehalten. Geradezu hautnah haben wir so mitbekommen, wie die Freunde und Bekannten unter dem Krieg zu leiden hatten. Die hochschwängere junge Mutter in Tel Aviv, die ihrem kleinen Sohn und noch dem Kind einer Freundin mehrmals am Tag in den Luftschutzkeller flüchten musste. Das alte Ehepaar im Jerusalemer Altenheim, das bei jedem Luftalarm ängstlich ihre Pfleger anschaute, weil mit den Rollstühlen keine schnelle Flucht in den sicheren Keller gelingen konnte. Und dann die Kinder im Kindergarten von Sderot, bei denen die Raketeneinschläge Panik-Attacken hervorriefen.

Jeder von uns könnte solche oder ähnliche Beispiele aufzählen und von Menschen in Israel berichten, die unmittelbar unter diesem Krieg zu leiden hatten. Und ich habe keinen in Israel getroffen oder gesprochen, der nicht erschüttert war von den zivilen Opfern in Gaza. Die Zeitungen und Fernsehsender in Israel berichteten tagtäglich ausführlich von den Ereignissen, und deutlich waren – wie schon bei früheren Kriegen – auch die mahnenden, zweifelnden Stimmen der Kritiker zu vernehmen, die sich erhitzen über die Wahl der Mittel oder bestimmte Strategien der israelischen Armee.

Dennoch gab es während der gesamten Kriegswochen eine sehr breite Unterstützung der Bevölkerung für die militärischen Operationen. Linke wie Rechte, Intellektuelle wie die Arbeiter in den Fabriken oder die Angestellten in den Büros unterstützten den Kurs von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, Verteidigungsminister Mosche Jaalon und Stabschef Benny Gantz. Nicht wenigen Israelis gingen die Operationen nicht weit genug, weil man befürchtete,

dass nicht alle Tunnel der Hamas-Terroristen zerstört werden könnten. Besonders die Leute von Ashkelon über Tel Aviv bis Beer Sheva hatten ganz einfach genug von dem jahrelangen Raketenbeschuss, von den Entführungen und Terroraktionen der Hamas. Und insgeheim wussten jedoch dieselben Israelis, dass diese Hoffnung auf ein Ende der jahrzehntelangen Bedrohung ein Wunsch bleiben sollte.

So ist es dann auch gekommen. Etliche Waffenlager wurden zwar vernichtet, Hamas-Aktivisten ausgeschaltet und Tunnel gesprengt; aber eine komplette Vernichtung aller Kriegswaffen, unterirdischen Befehlsstände und Versorgungstunnel war überhaupt nicht darstellbar. Hinzu kam, dass die israelische Armee schon nach wenigen Tagen offen bekannte, den „Krieg der Bilder“ gegen die Hamas bereits verloren zu haben. Immerhin sahen sich die Hamas-Führer genötigt, einem Waffenstillstand zuzustimmen, weil ihnen die Reserven auszugehen drohten. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, dass man in Israel und in Gaza jetzt wieder durchatmen kann.

Und wie stellte sich der Krieg aus mitteleuropäischer respektive deutscher Sicht dar? Welche Wirkung hatte der Konflikt auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen

Union? Positiv ist festzustellen, dass nach meiner Wahrnehmung etliche Medienorgane – anders als in der Vergangenheit – ausführlicher und ausgewogener über diesen Krieg berichteten. Gute Hintergrundberichte und Essays waren mitunter auch in Zeitungen zu lesen, wo man dies nicht unbedingt erwartet hatte. Wir selber hatten als DIG in den zurückliegenden Wochen oftmals Gelegenheit, in Fernseh- und Radiointerviews sowie in Beiträgen der Printmedien unsere Sicht der Dinge ausführlich darzustellen. Hierbei war es vor allem möglich, die komplexen politischen und gesellschaftlichen Strukturen in diesem Konflikt zu erläutern. Trotzdem ist es nicht gelungen, das in vielen Jahren entstandene schiefe Bild von der militärischen Übermacht Israels und den schutz- und wehrlosen Palästinensern in Gaza insgesamt geradezurücken.

Für mich war und ist immer wieder erschreckend feststellen zu müssen, wie viel Geschichtslosigkeit und Unkenntnis sogar bei akademisch gebildeten Mitbürgern herrscht, wenn es um Israel und den Nahen Osten geht. Deshalb wundert es kaum, dass in der öffentlichen Debatte stereotyp Israel als übermächtiger Goliath und die Hamas als chancenloser David dargestellt werden. Die herzerreißenden Bilder erledigen dann den Rest, überstrahlen mit ihrer vermeintlich menschlichen Perspektive die Frage nach den Ursachen. Dass diese Fotos von unter Trümmern verschütteten toten Kindern und weinenden Frauen nicht selten manipuliert waren, da sie nicht aus Gaza, sondern irgendwo aus Syrien und dem Irak stammten, scheint kaum jemanden bei uns zu interessieren. Selbst neuere Hinweise darauf, dass die Hamas mutmaßlich sogar eigene Gebiete bombardiert haben dürfte, dringen kaum in den öffentlichen Diskurs ein (nachzulesen beim hervorragenden Dr. Gil Yaron in der „WELT“ vom 4. September: <http://www.welt.de/politik/ausland/article131887904/Hamas-beschoss-offenbar-eigene-Bevoelkerung.html>).

Nicht zuletzt ist seit Beginn des Krieges ein Phänomen zutage getreten, das sich unmittelbar aus dem Gaza-Konflikt speist, nämlich ein verstörend machtvoller Antisemitismus – und das über diverse Gruppierungen und selbst zwielichtigste politische Lager hinweg. Zum einen wird er ganz offen und aggressiv von islamistischen Radikalen auf unseren Straßen skandiert



Die Redner und Ehrengäste der Großkundgebung „Gegen Juden Hass“ in Frankfurt am 31. August 2014 (v.l.n.r.): Reinhold Robbe, Dr. Dieter Graumann, Sacha Stawski (Honestly Concerned), Deidre Berger (AJC), Frankfurts Stadtkämmerer Uwe Bäcker, Botschafter Yacov Hadas-Handelsman und Volker Beck, neuer Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

und äußert sich in den bekannten unerträglichen Sprüchen. Zum anderen wird dieser Antisemitismus mehr oder weniger geschickt kaschiert, indem nicht gegen Juden, sondern gegen Zionisten polemisiert wird – wie in Berlin, Frankfurt oder vielen anderen Städten unseres Landes. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass eine Klage des ehemaligen DIG-Präsidenten Johannes Gerster wegen Volksverhetzung von der Staatsanwaltschaft Mainz abgewiesen wurde. Demnach kann man auf deutschen Straßen – wie in Mainz geschehen – „Tod, Tod Israel“ und vergleichbare Hasstiraden straflos unter den Augen der Polizei brüllen.

Völlig inakzeptabel sind auch Vorkommnisse, bei denen jüdische Mitbürger angegriffen, krankenhaushausreif geschlagen, beleidigt und bedroht werden, oder wo unverhohlen und teilweise mit polizeilicher Begleitung zum Hass gegen Juden aufgerufen wird. Das sind Fakten, die auch durch den Hinweis nicht relativiert werden können, in Frankreich, Ungarn oder anderswo sei alles noch viel schlimmer. Nein, diese Ereignisse dürfen nicht ohne Folgen bleiben. Weder in politischer Hinsicht, noch mit Blick auf unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Und deshalb war und ist es notwendig, überall im Lande lauten

Protest anzustimmen gegen jegliche Form von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Antisemitismus. Deshalb war und ist es dringend erforderlich, die Ursachen für offenen oder latenten Antisemitismus, Antizionismus oder Israel-Hass offenzulegen und anhand dieser Ursachen zu bekämpfen. Von den einseitigen und unzureichenden Israel-Beschreibungen in deutschen Schulbüchern über die fehlenden Geldmittel für gezielte Aufklärungsarbeit in Migranten-Milieus bis hin zur Bildung eines großen gesellschaftlichen Bündnisses aller großen Organisationen und Institutionen, das sich dieser genannten Themen annimmt.

Es ist bezeichnend, dass der Zentralrat der Juden zu einer „Großkundgebung gegen Juden Hass“ aufrufen muss. Ist es Aufgabe der Juden, gegen Juden Hass aufzutreten? Nein, es muss Aufgabe von uns allen, der großen anständigen Mehrheit in Deutschland sein, sich schützend vor unsere Minderheiten zu stellen. Wenn es wahr sein soll, was Politiker gerne auf Sonntagsreden hervorheben, dass Juden in Deutschland sicher leben können und wir mit Israel in „einzigartiger Weise“ verbunden sind, dann müssen diese Absichtserklärungen mit Leben gefüllt werden. Als DIG werden wir unseren Teil dazu beitragen, mit Entschlossenheit und Mut. Jetzt mehr denn je. ■



Großkundgebung gegen Antisemitismus in Frankfurt am 31. August 2014 - Rede-Ausschnitte:

■ „Was wir wollen ist Ruhe und Frieden für die israelische Bevölkerung. Und für die palästinensische Bevölkerung. Wir hoffen, dass die Waffenruhe diesmal hält und nicht wieder von der Hamas gebrochen wird. Wie es schon elf Mal passierte.“
(Yakov Hadas-Handelsman, Israelischer Botschafter in Deutschland)

■ Man kann und muss nicht jeden Aspekt der israelischen Politik verteidigen. Sofern es aber um den Kampf gegen die Hamas geht, sind Solidarität mit Israel und der Kampf gegen den Antisemitismus Eins. Ich finde es absurd, dass, wenn die Hamas „Tod den Juden“ brüllt, deutsche Politiker und Medien gleichwohl fordern, dass Israel ihr auf halbem Weg entgegenkommen soll.
(Dr. Matthias Küntzel, Politikwissenschaftler)

■ „Antisemiten verstoßen gegen den ersten und wichtigsten Artikel des deutschen Grundgesetzes: Die Würde des Menschen



ist unantastbar. Punkt! Wer also glaubt, nicht gemeinsam mit Juden oder mit irgendwelchen Minderheiten in unserem Land friedlich leben zu können, für den gibt es eine einfache Lösung: Er kann jederzeit dieses Land verlassen.“
(Reinhold Robbe, DIG-Präsident)



■ „Der offene Antisemitismus in den vergangenen Wochen und Monaten ist ein Weckruf! Es muß einen Ruck durch Europa geben, auf den wir aber bisher vergebens hoffen.“
(Deidre Berger, Direktorin des American Jewish Committee in Berlin)



„Israel ist nicht allein“

Solidaritätsreise deutscher Politiker nach Israel

sowie dem Oppositionsführer Jitzhak Herzog und dem Vorsitzenden der Israelisch-Deutschen Parlamentariergruppe Nachman Shai traf die Delegation auch auf Major Arie Shalika, zuständig für Europa im Büro des Sprechers der Streit-

Ende Juli machte sich eine Delegation deutscher Politiker auf den Weg nach Israel. Dazu gehörten auch DIG-Präsident Reinhold Robbe und die DIG-Vizepräsidentin und Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann.

„Uns ging es darum, Zeichen zu setzen: für Israel und gegen Antisemitismus.“, erläuterte Connemann das Ziel der Solidaritätsreise. Robbe ergänzt: „Wahre Freunde erkennt man in der Not.“ Und Israel ist in Not.

Die deutschen Politiker machten sich selbst ein Bild von der Situation vor Ort. Durch die ständigen Raketenwarnungen wurde schnell klar, wie ernst die Lage



Die Delegation mit Jitzhak Herzog und Elmar Brok



Die Delegation im King-David-Hotel



Gitta Connemann, Aviv Shir-On und Reinhold Robbe

wirklich war. Zu diesem Zeitpunkt wurde alle 12 Minuten eine Rakete aus dem Gazastreifen auf Israel abgeschossen.

Die Menschen waren diesem Terror Tag und Nacht ausgesetzt und zwar in ganz Israel. Gleichzeitig wurde den Israelis in vielen europäischen Foren das Recht zur Selbstverteidigung abgesprochen. Denn die Hamas nutzte bewusst Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser, um ihre Waffen zu lagern und abzufeuern. Das Leben von Zivilisten wurde bewusst gefährdet, damit möglichst drastische Bilder von Zerstörung und Leiden erzeugt werden konnten.

Hinzu kam und kommt die Sorge vor der Situation in Syrien und dem Libanon. „Israel ist nicht allein“, unterstrich Präsident Robbe den Grund für die spontane Reise nach Israel. Auch das Ge-

sprächsprogramm hatte es in sich. Neben Parlamentspräsident Yuli Edelstein und dem Außenminister Avigdor Lieberman

kräfte Israels. Beim Besuch einer Sitzung begrüßte Knesset-Präsident Edelstein die Delegation persönlich im Plenum. ■



Empfang durch Außenminister Avigdor Lieberman

TAGESORDNUNG

der 36. ordentlichen Hauptversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft am 1. und 2. November 2014
Hotel The Westin, Gerberstraße 15,
04105 Leipzig
Beginn: 12.00 Uhr

1. Begrüßung
2. Regularien
Wahl der Mandatsprüfungskommission
Wahl der Antragskommission
3. Grußworte
4. Bericht des Präsidenten
Reinhold Robbe
5. Bericht der Geschäftsführung der DIG Hildegard Radhauer – wird schriftlich vorgelegt
6. Bericht des Schatzmeisters
Volker Heidmann
7. Bericht der Kassenprüfer mit Antrag auf Entlastung des Präsidiums
8. Jugendarbeit in der DIG
9. Aussprache
10. Entlastung des Präsidiums
11. Neuwahl des Präsidiums und der Rechnungsprüfer
12. Anträge
Anträge zur Satzungsänderung
13. Verschiedenes

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie setzt sich gemäß § 9 folgendermaßen zusammen:

Abs. (1) Jede anerkannte Arbeitsgemeinschaft wird unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder durch mindestens einen Delegierten vertreten.

Abs. (2) Je angefangene 50 Mitglieder entsendet die Arbeitsgemeinschaft einen weiteren Delegierten. Für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist die Entrichtung des satzungsgemäß festgelegten Beitrags maßgeblich. Die Arbeitsgemeinschaften können über die vorgenannte Anzahl von Delegierten hinaus Ersatzdelegierte wählen. Ist ein Delegierter an der Teilnahme verhindert, rückt der Ersatzdelegierte mit der höchsten Stimmenzahl an seine Stelle.

Abs. (3) Einzelmitglieder, die keiner Arbeitsgemeinschaft angehören, haben das Recht, mit aktivem und passivem Wahlrecht an den Delegierten-Wahlversammlungen der verkehrsmäßig am günstigsten zu erreichenden Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.

Abs. (4) Korporative Mitglieder haben das Recht, durch einen Bevollmächtigten oder gesetzlichen Vertreter an den Delegierten-Wahlversammlungen der für sie zuständigen Arbeitsgemeinschaft mit aktivem und passivem Wahlrecht teilzunehmen.

Alle Mitglieder der DIG, die nicht Delegierte sind, haben das Recht, an der Hauptversammlung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Wir freuen uns über eine möglichst große Beteiligung. ■

Auf Deutschlands Straßen gibt es seit einigen Wochen ganz neue und leider doch so vertraute Parolen zu hören: „Brenn, Jude, brenn!“ oder „Jude, Jude, feiges Schwein ...“ schallt es durch die Straßen der Republik. Vorgeblicher Grund für diese Exzesse: Israels Kampf gegen den Terror, oder, um es mit einem anderen Slogan von der Straße auszudrücken: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas!“

Wie lässt sich als unmittelbar Betroffener über die neuen Tabubrüche in Sachen Antisemitismus objektiv berichten? Gar nicht. Denn Gefühle jeglicher Art ob Beklemmung, Angst oder Wut sind ihrem Wesen nach nicht objektiv. Aber sie sind objektiv vorhanden bei einem deutschen Juden, der seine Wurzeln hierzulande bis ins 17. Jahrhundert verfolgen kann. Versuch einer Bestandsaufnahme.

Der eine Urgroßvater Rabbiner und SPD-Ratsherr in Papenburg, der andere Cholera-Arzt, Gründer des Arbeiter-Samariter-Bundes und SPD-Senator im seinerzeit selbstständigen Harburg. Der Großvater SPD-Minister in Preußen und 1933 gerade noch den Nazis entkommen – alle hatten sie für Deutschlands Demokratie gekämpft. Andere Familienmitglieder wurden von der NS-Vernichtungsmaschinerie ermordet. Dennoch kam jener Großvater Hirschfeld aus dem amerikanischen Exil zurück, um gemeinsam mit Ernst Reuter, Willy Brandt und anderen den demokratischen Neuanfang in Deutschland zu gestalten.

60 Jahre später schien, trotz NPD, NSU und anderen rechten Schreckgespenstern, die deutsche Demokratie so gefestigt, dass selbst Charlotte Knobloch, die unerschrockene Mahnerin aus München, unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit erklärte, sie habe ihren Koffer nun ausgepackt – jenen Koffer, den jeder deutsche Jude, ob sprichwörtlich oder real, noch hatte, falls es den irgendwann wieder notwendig sein sollte, zu fliehen.

Die große Dame des deutschen Judentums hatte ihren Koffer also ausgepackt – das steingewordene Zeichen für dieses Zutrauen in Deutschlands demokratische Werte ist der Neubau der Münchner Synagoge und des Gemeindezentrums. Das deutsche Judentum schien aufzublühen; die Holocaust-Mahner im Zentralrat wichen langsam den Zukunfts-Architekten. Auch der Zustrom ehemals sowjetischer Juden signalisierte: Man war angekommen, um zu bleiben. Doch nun wanken

Erstes deutsch-israelisches Masterprogramm

Das erste deutsch-israelische Studienprogramm mit einem einheitlichen Masterabschluss wird im akademischen Jahr 2014/2015 eingeführt.

Deutsche und israelische Studierende können sich für das Programm in der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva und der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg einschreiben und sich auf modernes jüdisches Leben und jüdische Kultur spezialisieren.

Es sei das erste Mal seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland im Jahr

1965, dass es ein solches bilaterales akademisches Programm gebe, sagte Paula Kabalo, Direktorin des Institutes für Israel- und Zionismus-Studien an der Ben-Gurion-Universität, Beer Sheva. „Für uns ist das wirklich ein historischer Schritt.“

Den Kooperationsvertrag unterzeichneten Prof. Johannes Heil, Rektor der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg, und Prof. Zvi HaCohen, Rektor der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva. Initiatorin der Kooperation war Prof. Birgit Klein von der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg. ■

Dr. Esther Graf

Wankende Werte - über neuen und alten Antisemitismus in Deutschland

Von Daniel Killy

die Werte plötzlich – wegen Gaza, wegen Israel, aber nur scheinbar deswegen.

Als Jude in Deutschland ist man besonders sensibel, wird häufig im Freundeskreis als leicht hysterisch belächelt. Dass in den öffentlich-rechtlichen Medien seit Jahr und Tag Israel meist als Verursacher und die Hamas als reagierendes Opfer dargestellt wird – geschenkt. Dass die „Friedensbewegung“ sich für Palästina einsetzt, das Gemetzel in Syrien und anderswo gänzlich ignoriert – geschenkt: Als islamische Opfer gelten bei den selbst ernannten Bewahrern christlicher Werte nur solche, die durch jüdische Hand zu Tode gekommen. Und gegen Afghanistan und Irak wird nur demonstriert, weil sich westliche Demokratien dort im Kampf gegen mittelalterliche Mächte engagieren. All das haben wir gespürt und hingenommen als kleine Beben einer stabilen Demokratie.

Doch die Werte geraten zusehends schneller ins Wanken, trotz der späten aber mittlerweile machtvollen Appelle von Politik und Medien: Offen wird gegen Juden gehetzt, werden Juden hierzulande angegriffen. Große Teile der deutschen „Linken“ oder solche, die sich dafür halten, marschieren Arm in Arm mit Neonazis und Gotteskriegern gegen „Zionisten“ auf. Wer das Wort „Zionist“ in sozialen Netzwerken, Leserbriefen, Foren durch „Jude“ ersetzt, entdeckt schnell die Sprache des „Dritten Reiches“ hinter den neuen Parolen. Um Hamas und Gaza geht es längst nicht mehr – es geht gegen „den Juden“. Trotz aller Bekenntnisse und Sonntagsreden. Wochenlang wurden die oben genannten „Schlachtrufe“ geduldet und Demonstrationen als „friedliche“ bezeichnet, bloß weil niemand körperlich zu Schaden kam.

Was in der Bundesrepublik an traditionellem antijüdischem Ressentiment unter dem Firnis der Demokratie jahrzehntelang tabu war, wird durch den Migrations-Antisemitismus islamistisch indoktrинierter

Zuwanderer mit und ohne deutschen Pass wenn nicht salon-, so doch wieder straßenfähig. Eine Volksfront von ganz rechts bis ganz links tobt ihren Antisemitismus gänzlich unverhohlen an Israel und dessen vorgeblichen Platzhaltern hierzulande aus („Juden sind scheiße“, CDU-Ratsherr Werner Mroz aus Seesen). Die Werte geraten weiterhin ins Wanken, wenn militante Islamisten wie der Neu-Hamburger Pierre Vogel mit 250 Anhängern vor dem Hamburger Hauptbahnhof ungehindert seine ganz spezielle Variante des „Gaucho-Tanzes“ aufführen darf: „So gehen die Christen, die Christen gehen so – so gehen die Moslems, die Moslems gehen so.“ Öffentlich-mediale Aufregung darü-

ber? Null. Empörung über die angeblich so unsensible Nationalmannschaft beim Feiern in Berlin? Gewaltig.

Das in ihrer Charta festgeschriebene Ziel der Hamas, alle Juden zu töten, wird als Arbeitsanweisung in deutsche islamistische Kreise und somit auf Deutschlands Straßen getragen. Insofern haben die aktuellen antisemitischen Exzesse schon etwas mit Gaza zu tun. Denn die Hamas macht sich in Kapitel 7 jener Charta gar nicht erst die Mühe, zwischen Israelis und Juden zu unterscheiden. Aber das tat jener gerade zurückgetretene CDU-Ratsherr ja auch nicht.

Wenn die Werte einer Demokratie ins Wanken geraten, so tun sie das schleichend. Wenn die Mehrheit die Dynamik dieses Werteschwundes erkennt, ist es zu spät. Das ist die Lehre aus der Geschichte. Dass deutsche Juden da etwas sensibler reagieren, ist objektiv richtig – aber natürlich rein subjektiv. Und hoffentlich noch mit unserer rein jüdischen „Hysterie“ zu erklären. Mein Koffer jedenfalls wird vorerst noch nicht gepackt. Es gilt, die Demokratie zu verteidigen! ■

(erschieden im Weser Kurier vom 26. 07. 2014)



Gegengewicht zu anti-israelischen Protesten: Pro-Israel-Veranstaltung in Frankfurt

Der Hamas die Waffe wegnehmen

Von Johannes Gerster

Mainz. „Dieses Mal müssen wir die Hamas platt machen. 17-mal haben bei uns die Sirenen geheult. Jetzt reicht es.“ Dies sagt ausgerechnet Shimon, der mit mir in israelisch-palästinensischen Arbeitsgruppen um Friedenskonzepte gerungen hat. Und Hannah, unser palästinensischer Freund, meint: „Die Hamas-Leute haben den Verstand verloren. Jetzt, wo es in der Westbank aufwärts geht, schlagen die alles kaputt.“ Zwei Stimmen in vielfältigen Chören, die Frieden wollen, aber nicht an ihn glauben. Die Erde brennt

Was ist passiert, dass plötzlich die Erde im Heiligen Land brennt? Die Morde an drei israelischen und einem palästinensischen Jugendlichen sollen das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Das stimmt insoweit, als Radikale diese Morde nutzen, um Stimmung gegen die andere Seite zu machen. Tatsächlich star-

teten die jüngsten Raketenangriffe gegen Israel früher. Sie erreichten am 8. Juli mit 146 palästinensischen Raketen an einem Tag einen vorläufigen Höhepunkt. Inzwischen wird deren Reichweite immer größer, über Tel Aviv und Jerusalem hinaus. Bereits 40 Prozent der israelischen Bevölkerung leiden unter dem Beschuss. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis jeder Ort in Israel durch Raketen aus Gaza erreicht werden kann. Seit letzter Woche fliegt die israelische Luftwaffe Angriffe auf Stellungen und Depots im Gazastreifen. Wird ein Munitionslager getroffen, vervielfacht sich die Sprengkraft. Da die Hamas die Bevölkerung als Schutzschilde ihrer Stellungen missbraucht, werden auch Zivilisten getötet.

Israelis und Palästinenser stehen vor einem Inferno, wenn nicht Vernunft einkehrt. Dies setzt aber eine saubere Ana-

lyse voraus. Die Gewalt ging eindeutig von der Hamas aus, die von Nachbarn wie Ägypten und Syrien keine Unterstützung mehr bekommt und deshalb mit Gewalt auf sich aufmerksam macht.

Die Forderung an Israel, die Luftangriffe in Gaza zu stoppen, ist sympathisch, aber unrealistisch. Jede Regierung der Welt darf, ja muss seine Bürger schützen. Israel steht vor einem Dilemma: Je mehr der Konflikt eskaliert, desto mehr wächst die Gefahr einer neuen Intifada. Je weniger Israel seine Bevölkerung gegen Raketen schützt, desto mehr wächst die Radikalisierung bis hin zur Selbstjustiz gegen Palästinenser. Israel ist die stärkere Konfliktpartei und doch liegt der Schlüssel zum Ende der Gewalt bei der Hamas. Würde sie den Raketenbeschuss beenden und endlich zu Gesprächen mit Israel bereit sein, würde sich Israel diesen Gesprächen hin zu einer Zweistaatenlösung nicht entziehen.

In der Hamas wird diese Option zwar diskutiert, aber ohne jede Aussicht auf Erfolg. Israel muss daher der Hamas die „Waffen“ wegnehmen, so schmerzlich das sein wird. Vorher werden Ruhe und Frieden nicht einkehren. ■

(Erschienen in Rhein Main Presse am 11. Juli 2014)

Solidaritätskundgebung

Saarbrücken. Am 9. August veranstaltete das Aktionsbündnis „Solidarität mit Israel“ eine Kundgebung, die, um ein möglichst großes Publikum anzusprechen, zur besten Einkaufszeit direkt vor dem Saar-

brücker Karstadt ausgerichtet wurde. Bei der Kundgebung handelte es sich um eine gemeinsame Veranstaltung von DIG Saar, Synagogengemeinde Saar, Aktion 3. Welt Saar, Christlich-jüdischer Arbeitsgemein-

schaft und der Antifa Saar. Saarländische Politiker von CDU, Junger Union und Grünen nahmen ebenfalls als Einzelpersonen an der Kundgebung teil.

Als Redner eingeladen waren der Saarbrücker Dezernent für Umwelt, Migration und Recht, stellvertretend für die Saarbrücker Oberbürgermeisterin, und ein Vertreter des Vorstands der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft des Saarlandes e.V. Als Hauptredner trat Dr. Johannes Gerster auf, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), von 2006 – 2010 auch Präsident der Deutsch Israelischen Gesellschaft. Die Begrüßungsansprache wurde gehalten von der Vorsitzenden der DIG Saar, Iris Neu.

An der Veranstaltung in Saarbrückens Innenstadt nahmen ca. 200 Personen teil, die mit ihrem Engagement darauf aufmerksam machten, dass

- Israel letztlich dazu gezwungen ist, sich auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen, um nicht unterzugehen
- die westliche Welt nicht einfach als passiver Beobachter daneben stehen darf,



„Solidarität mit Israel“ - Kundgebung in Saarbrücken

und dass sie der menschenverachtenden Politik der Hamas und anderer islamischer Fundamentalisten mit Entschlossenheit entgegentreten muss

- die überwiegend einseitige anti-israelische Berichterstattung der Medien, die bisweilen sogar antisemitische Ressentiments bedient, endlich ein Ende haben muss
- auch die muslimischen Verbände aufgegriffen sind, sich endlich mit größerer Deutlichkeit von islamistisch-terroristischen Organisationen zu distanzieren.

Die Kundgebung verlief – von einer vereinzelt übten antisemitischen Beschimpfung abgesehen, die auch polizeilich geahndet wurde – friedlich. ■

Beate Fiack



Iris Neu begrüßt die Teilnehmer

Hummus statt Hamas

Israelsolidarität in Hannover zu Zeiten des Gazakrieges und globaler islamistischer Bedrohung

Hannover. Angesichts der Ereignisse in Gaza und der sich auch in Hannover lautstark artikulierenden palästinensischen Unterstützer der Hamas und ihrer deutschen Freunde, führten die DIG und das Jugendforum gemeinsam am 17.07.2014 eine Demonstration in der Hannoverschen Innenstadt durch. Obwohl die Mobilisierungszeit kaum 24 Stunden betrug, folgten ca. 160 Men-

schen dem Aufruf. Um sich von dem aggressiven Auftreten der anderen Seite deutlich abzugrenzen, wurde ein betont ziviles Motto gewählt „Hummus statt Hamas“. Jeder Passant, der sich näherte, erhielt eine kleine Portion Hummus und unser Flugblatt. Es sprachen u.a. Stephan Grigat (Uni Wien), der sich mit dem ideologischen Charakter der Hamas und ihrer Unterstützer auseinandersetzte, Kay Schweigmann-Greve, der betonte, dass die Toten in Gaza in erster Linie Opfer der zynischen Politik der Hamas sind, und der Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages Michael Höntsch (SPD), der von den durch sein Engagement hervorgerufenen Hassmails und Beschimpfungen ihm gegenüber berichtete und den Zusammenhang zwischen islamistischem und rechtsradikalem Antisemitismus betonte. Ein Blickfang unserer Veranstaltung war ein Transparent der örtlichen „Falken“ mit dem Motto der Veranstaltung.

Wenige Tage später zog eine „Free Palestine“ Demonstration durch die Hannoversche Innenstadt, sie führte ähnliche Israel verleumdende Parolen mit wie andernorts, die Polizei vermochte jedoch, wie man der Presse entnehmen konnte, keinen Ausdruck von Antisemitismus zu erkennen. Am Rand dieses Umzuges

wurde eine Gruppe proisraelischer Gegendemonstranten – u.a. der MdB und Vizepräsident der DIG Sven Christian Kindler – aus der Demonstration heraus tätlich angegriffen. Auch Kindler erhielt in der Folge eine Vielzahl von Hassmails auf seiner Homepage. Als Reaktion hierauf versammelte sich ein Kreis aktiver Bürger im Abgeordnetenbüro von Michael Höntsch und verfasste eine „Resolution der Hannoverschen Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus“, die auf der Homepage der DIG Hannover (<http://www.dig-hannover.de/erklaerung-hannoverschen-zivilgesellschaft-gegen-antisemitismus/>) steht und dort unterzeichnet werden kann. An der Abfassung waren sowohl Ratsvertreter der CDU, Grüne, Sozialdemokraten und Vertreter der Linksjugend als auch die Rabbiner der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover und von Chabbad Lubawitsch beteiligt.

Am 16.08.2014 fand dann in Hannover angesichts der schrecklichen Ereignisse im Nordirak eine hauptsächlich von jesidischen Kurden initiierte Demonstration statt, zu deren Unterstützung die DIG Hannover aufrief. Auf der Demonstration selbst fand unser Engagement



Transparent mit dem Motto der Solidaritätsveranstaltung in Hannover



Verteilung von Hummus

sehr positive Aufnahme, die Flugblätter mit unserem Solidaritätsaufruf fanden schnellen und interessierten Absatz. In diesem Aufruf hatten wir betont, dass die islamistischen Mörder im Irak, Hamas und Islamischer Djihaad derselben menschenverachtenden Ideologie anhängen. Judenmord und der Mord an Andersgläubenden überhaupt, sowie an liberalen und säkularen Muslimen, ist für diese Gruppen Teil einer gemeinsamen gegen



Michael Höntsch, MdL



Dr. Kay Schweigmann-Greve

Moderne, Liberalität und Pluralismus gerichteten Ideologie. Während die Juden im Staate Israel eine wirksame Selbstverteidigung organisieren können, sind die Kurden und aktuell besonders deren

jesidische Minderheit auf Solidarität und internationale Unterstützung angewiesen.

Im Oktober soll nun, initiiert vom Hannoverschen Jugendforum und unterstützt von den „Falken“ ein „Zionist-

isches Wochenende“ stattfinden, um sich vertieft mit dem Gazakonflikt und seiner Behandlung in den Medien, der Ideologie der Islamisten und dem Antisemitismus in der Türkei zu befassen. ■

Friedensdemonstration mit kleinem Eklat

Osnabrück. Am 25. Juli haben auf dem Osnabrücker Theatervorplatz palästinensische und jüdische Vertreter gemeinsam für einen Frieden im Nahen Osten demonstriert. Die Kundgebung verlief friedlich – auf Provokationen wollten einige der Teilnehmer trotzdem nicht verzichten.

Kai Evenhuis, Vorsitzender der Osnabrücker Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, warb vor allem für ein gegenseitiges Verständnis und die Bereitschaft zum Gespräch in einem verfahrenen Konflikt: „Toleranz ist der Verdacht, dass der andere recht haben könnte. Intoleranz ist die Gewissheit, dass der andere recht hat.“

Weiterhin empfahl er den Beteiligten der nun bereits 70 Jahre andauernden Auseinandersetzung, dem Motto der europäischen Aufklärung zu folgen: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Für einen kleinen Eklat sorgte Tilman Westphalen, Ehrenvorsitzender der Erich-Maria-Remarque-Gesellschaft. In seiner Rede stellte er den Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 als das große Übel im Nahostkonflikt dar. Zum Hintergrund: In diesem Krieg eroberte Israel zahlreiche Gebiete, unter anderem den Sinai und das Westjordanland. Darüber hinaus betonte Westphalen vor allem die Opferzahlen auf

palästinensischer Seite. Michael Grünberg, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Osnabrück und Besucher der Kundgebung, reagierte darauf mit großer Entrüstung.

Organisator Nazih Musharbash, Vorsitzender der Regionalgruppe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, gelang es offenbar nur mit großer Mühe, Grünberg davon abzuhalten, die Demonstration zu verlassen. „Westphalen hat in seiner Rede einseitig Israel die Schuld am Konflikt gegeben“, sagte Grünberg anschließend. Verärgert war er außerdem über einige Plakate, auf denen der Holocaust und die israelische Palästina-Politik in Verbindung gebracht wurden. „Ich versuche so gut wie möglich, diese Plakate zu ignorieren“, sagte Grünberg. Geschützt wurde die friedliche Kundgebung von einem Großaufgebot der Polizei, die mit zehn Mannschaftswagen vor Ort war. ■

Solidaritätsbesuch in der Synagoge

Augsburg. Nachdem am 19. Juli auch in Augsburg eine Free Palestine-Demo auf dem Rathausplatz mit antisemitischen Parolen stattgefunden hatte, gab es eine Woche später an gleicher Stelle, auf Initiative von zwei in der Stadtpolitik verankerten DIG-Mitgliedern, eine Gegendemo, zu der etwa 500 Personen kamen, und auf Anregung der DIG am 8. August einen demonstrativen Solidaritätsbesuch des Oberbürgermeisters Dr. Gribl (selbst DIG-Mitglied) mit Amtskette in der Synagoge.

Dort wurde er empfangen von Landesrabbiner em. Dr. Henry Brandt, dem kompletten Vorstand der IKG und dem israelischen Generalkonsul, der zu diesem Zweck eigens aus München angereist war.

Der OB nutzte das Augsburger Friedensfest, an dem seit 1650 die Augsburger das friedliche Miteinander der Konfessionen und seit etwa 30 Jahren aller Religionen feiern, zu diesem Besuch, bei dem er im Namen des Stadtrates sein Bedauern über die Vorgänge und seinen festen Willen zum Ausdruck brachte, Wiederholungen unter Ausschöpfung der gesetzlichen



Besuch in der Augsburger Synagoge (v.l.n.r): Dr. Dan Shaham, israelischer Generalkonsul in München, Oberbürgermeister Dr. Gribl, Landesrabbiner em. Dr. Henry Brandt, Alexander Mazo, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Schwaben

Spielräume zu verhindern. Er überbrachte auch Solidaritätsgrüße der Spitzen der katholischen und evangelischen Kirche.

Der OB wurde begleitet von einer ansehnlichen Delegation der DIG. ■

Dieter Mürker

DGB-Skandal

Ostfriesland. Die DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland hatte eine Veranstaltung zum Antikriegstag am 7. September



Gitta Connemann, MdB

im ehemaligen KZ Esterwegen 2014 geplant, dafür die Vizepräsidentin der DIG, MdB Gitta Connemann als Hauptrednerin eingeladen und auch deren Zusage erhalten.

Am Mittwoch, 6. August meldete die Ostfriesenzeitung (OZ), dass der DGB am Dienstag entschieden habe, Gitta Connemann als Hauptrednerin auszuladen, weil – so die OZ – Frau Connemann sich „in der Debatte um den Gaza-Krieg deutlich solidarisch mit Israel gezeigt hatte“. „Es gibt zwischen uns und Frau Connemann friedenspolitisch unterschiedliche Standpunkte“, wurde die Regionsvorsitzende des DGB zitiert. Auf den Hinweis der Zeitung, dass MdB Connemann die israelische Operation als Selbstverteidigung gerechtfertigt habe, erwiderte die DGB-Vorsitzende, dass doch aber beide Seiten Angst hätten und bei den israelischen Angriffen so viele Kinder getötet und verletzt worden seien.

Die Absage an Gitta Connemann wurde am 5.8. per E-Mail abgeschickt. Ein Gespräch mit ihr war nicht nachgefragt worden.

Als Vorsitzender der DIG-Ostfriesland habe ich dem DGB eine Stellungnahme geschickt und unsere Mitglieder und Freunde von dem Vorgang in Kenntnis

gesetzt und zur Reaktion ermuntert. Einige Reaktionen erreichten uns in Kopie. Davon einige Auszüge:

- Sehr geehrte Frau Jürgensen, was sollte diese absolut empörende Unterstellung gegenüber der Frau Connemann? Wo, an welcher Stelle soll sie Kindesmord gerechtfertigt haben? Das können ja wohl nur kleinkarierte parteipolitisch geprägte Grabenkämpfe innerhalb des DGB gewesen sein, die solches Verhalten zeitigten – oder tiefsitzender Antisemitismus/Judenhass, der sich hinter unsinnig verstandener „political correctness“ und scheinbar gerechtfertigter Israelkritik tarnt. Leider finde ich keine anderen Erklärungen für solches Verhalten Ihrerseits, das ja noch nicht einmal mit naivstem gutmeinendem Pazifismus erklärbar ist.

Was ist das für ein Demokratie-Verständnis und was für eine Umgangsform mit Menschen, ohne Rücksprache mit der Eingeladenen so zu agieren.

Ich kann's kaum glauben!

Wolfgang Freitag, 7.8.14

● Jürgen Homann schrieb: Moin Kollege Humer, Ja, wo kommen wir denn da hin, wenn Menschen keine Parteinahme in diesem Konflikt erlaubt ist. Parteinahme, insbesondere gegen eine politische Kraft, die nun wirklich jede auch durch Gewerkschafter erkämpften Menschenrechte missachtet, die eigene Bevölkerung als Schutzschilde missbraucht, Selbstbestimmungsrechte der Frauen

missachtet, Homosexuelle zum Tode verurteilt und vermeintliche Kollaborateure standrechtlich hinrichtet. ...

Welche Wirkung hat denn diese Ausladung? Sie unterstützt doch nur die Israelhasser und verstärkt antisemitische Ressentiments, auch innerhalb der Gewerkschaften. Gerade die judenfeindlichen Ausbrüche und Übergriffe gegen die in Deutschland lebenden Israelis

hätten doch zu einer anderen Entscheidung führen müssen. Hier holt man sich Freunde an den Hals, die schlimmer sind als die Pest.“

● Und Gesine und Reinhard Uthoff teilten u.a. mit: „Wir schämen uns für den hiesigen DGB und können nur hoffen, dass das nicht allgemeine Stellung des DGB ist.“ ■

Flagge zeigen ... und in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden

Kassel. 15. Juli 2014: Auf eine sogenannte Gaza-Demonstration reagiert ein Bündnis aus Israel freundlichen Organisationen mit einer Gegendemonstration. Mit Israel-Fahnen stehen wir am Rande der Marschroute, und nur eine gut vorbereitete, doppelte Polizeikette kann gewaltsame Übergriffe auf uns verhindern. Es wurden Hassbotschaften gerufen, es wurde gedroht, man sah den Hitlergruß.

Die jüdische Gemeinde sagte an diesem Tag alle Veranstaltungen ab und

elle Lage zu beurteilen und eine offizielle Verurteilung von antisemitischen Tendenzen und Parolen auf unseren Straßen zu erreichen. Es wurde ganzseitig in der örtlichen Presse sowie in der Jüdischen Allgemeinen berichtet.

● 29. Juli 2014: Der Oberbürgermeister unserer Partnerstadt Ramat Gan in Israel bedankt sich bei Manfred Oelsen in einem herzlichen Brief für die Unterstützung, die man aus Kassel erfährt. OB Israel Singer berichtet über den Alltag mit Fliegeralarm und Raketen-Bedrohung aus dem Gaza-Streifen und deren Auswirkungen auf die Menschen in Ramat Gan. Der Brief wird in der Hessischen Allgemeinen, unserer regionalen Tageszeitung im Ganzen abgedruckt.

● 11. August 2014: Radio HNA sowie die regionale Tageszeitung veröffentlichen ein Interview mit Manfred Oelsen

im Gespräch mit der Vorsitzenden der regionalen Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft über Antisemitismus und Israelhass auf Kassels Straßen. Man stellt fest, dass das friedliche Gespräch mehr bewegen kann.

● 14. August 2014: Wir nehmen an einer Veranstaltung der Ahmadiyya-Gemeinde in Kassel teil. Es ist das erste Mal, dass die Deutsch-Israelische Gesellschaft eine Einladung in eine Moschee bekommen hat. Manfred Oelsen betont in seiner Grußbotschaft, dass wir alles tun, um in Kassel ein friedliches Zusammenleben aller Religionen zu ermöglichen.

Eine weitere Erkenntnis dieses Abends: Nach der Islamauffassung dieser Glaubensgemeinschaft gäbe es den aktuellen Konflikt in Israel nicht, wenn sich die Hamas an den Koran halten würde. ■

Jürgen Menzel-Machemehl



Pro-Israel-Demonstration mit großem Polizeiaufgebot in Kassel

schloss die Synagoge aus Angst vor antisemitischen Übergriffen aus den Reihen der Demonstranten.

● 18. Juli 2014: Viele Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft waren spontan zum Schabbat-Gottesdienst in der Synagoge. Unsere Botschaft: Wir stehen zusammen, keiner braucht Angst zu haben.

● 25. Juli 2014: Pressekonferenz in der Jüdischen Gemeinde. Unsere Arbeitsgemeinschaft und das Bündnisses gegen Antisemitismus waren als Gesprächspartner eingeladen. Es ging darum, die aktu-



Besuch der DIG-AG Kassel in der Ahmadiyya-Gemeinde

Mahnwache und Kundgebung in Nürnberg

Nürnberg. In Nürnberg kam es zu widerwärtigen Vorfällen, als ein Demonstrationzug einen Schnellimbiss am Bahnhof stürmte und etliche der 3.000 Teilnehmer „Kauf nicht beim Juden“ und andere unsägliche Parolen schrien.

Vor und nach diesen Ausschreitungen – die so verstörend waren, dass die örtliche Zeitung erst am Dienstag berichtete – veranstaltete die DIG eine eigene Mahnwache pro Israel und nahm an einer von der Stadt Nürnberg organisierten Veranstaltung gegen Antisemitismus teil.

Die eigene Veranstaltung fand vor der Lorenzkirche, dem zentralen Platz Nürnbergs, statt. Mit Unterstützung unseres inzwischen gegründeten Jungen Forums und anderer demonstrierten wir für Israel und machten uns, auch wenn überschaubar an der Zahl, optisch durch israelische Fahnen gut bemerkbar. Binnen kürzester Zeit war ein ansehnliches Publikum erschienen. Darunter waren auch zwei Männer, einer im T-Shirt, das die Region ohne den Staat Israel zeigte. Beiden schrien Beleidigungen heraus, was das Zeug hielt. Durch ihr aggressives Auftreten, während wir von der DIG ruhig blieben, erreichten diese beiden das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollten: statt viele Anhänger für ihr Gebrüll zu erreichen, waren viele erschrocken von der Art und Weise des Auftritts.

Nach den oben beschriebenen Vorfällen im Zuge einer Demonstration rief die Stadt Nürnberg zu einer Kundgebung gegen Antisemitismus auf. Es nahmen etwa 3.000 Menschen daran teil. Es waren eindringliche Worte von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Staatsminister Dr. Markus Söder zu hören, die mit erfreulicher Entschiedenheit jeglichen Antisemitismus als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnten, zurückwiesen und als Überschreitung dessen, was zu dulden ist, brandmarkten.



Mahnwache (Demonstration am festen Ort) der DIG AG Nürnberg-Mittelfranken am 16.07.2014 in Nürnberg



Auf der Bühne: Ali-Nihat Koc (Medina e.V.), Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Staatsminister Dr. Markus Söder, Stadtdekan Dr. Stefan Ark Nitsche, DIG AG-Vorsitzender André Freud, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Rudi Ceslanski

Die Arbeitsgemeinschaft Nürnberg-Mittelfranken, die als Erstunterzeichner des Aufrufes zu dieser Kundgebung personell stark vor Ort vertreten war, stellt sich auf den Standpunkt: „*Wer so redet, ist raus*“.

Seither sind wir insbesondere bemüht, bei unredlicher Berichterstattung in den örtlichen Medien zu reagieren und auf die Anfänge jener Entwicklung, die zu den widerwärtigen Ereignissen in Nürnberg führte, hinzuweisen. ■

Israel unterstützen - Hamas entwaffnen

Stuttgart. Israel hat es mit einem furchtbaren Gegner zu tun, der seine eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde missbraucht und dessen zy-

nisches Kalkül es ist, möglichst viele seiner eigenen Leute in den Tod zu treiben. Die furchtbaren Feinde Israels sind auch die furchtbaren Feinde der paläs-

tinensischen Bevölkerung. Diese Verbrecherbanden endlich zu entwaffnen – das ist nicht nur im Interesse Israels, es ist auch und sogar in erster Linie im Interesse der palästinensischen Bevölkerung. (Die ganze Rede unter www.dig-stuttgart.net) ■

Gegen den antijüdischen Krieg

Leipzig. 17. Juli 2014. Zwei Kundgebungen in Leipzig. Die Gaza-Solidaritätskundgebung wurde vom Arbeitskreis Nahost organisiert. Die Gegenveranstaltung „Gegen den antijüdischen Krieg und seine Unterstützer“ startete am Willy-Brandt-Platz, veranstaltet vom Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Leipzig, unterstützt von der DIG.

An beiden Veranstaltungen beteiligten sich jeweils zwischen 150 und 200 Menschen. Nach dem zunächst friedlichen



Transparent mit dem Motto der Solidaritätsveranstaltung für Israel

Verlauf wurden die Israel-Unterstützer als „Judenschweine“ beschimpft. Gegen-

stände wurden nach ihnen geworfen. Die Polizei betrachtete das Mitführen von Israelfahnen als „Provokation“ und entriss diese einigen Teilnehmern.

Auf der Solidaritätsveranstaltung für Israel wurden Flyer der DIG verteilt mit folgendem Text:

„Die DIG Leipzig verurteilt den anhaltenden Raketenbeschuss Israels durch die Hamas aus Gaza. Von vornherein waren es unschuldige Zivilisten, die im Visier der Terroristen standen. Es geht dabei schon lange nicht mehr um ‚die palästinensische Idee der Einheit‘, sondern die Vormachtstellung der Hamas. Dafür ist den Terroristen jedes Mittel recht. Der Hass auf Israel ist die treibende Kraft hinter den Raketenangriffen aus Gaza. Hass und blinder Antisemitismus.“

Dass sich dieser antisemitische Hass zunehmend auch in Deutschland breitmacht, wollen und dürfen wir nicht schweigend hinnehmen. Israel hat ein Recht auf Verteidigung seiner Bürger wie jedes andere Land auch. Und es nimmt diese Verantwortung wahr – nicht nur für die jüdische Bevölkerung, sondern auch für die Israelis arabischer Herkunft.

Wir protestieren daher entschieden gegen den Raketenterror der Hamas und



Polizeiinsatz in Leipzig
(Gesichter aus Datenschutzgründen verpixelt.)

*Antisemitismus in Deutschland.
Der Vorstand der DIG.“*

Thomas Feist

Raus aus dem Teufelskreis des Tötens

Heilbronn. In einem Beitrag für die „Heilbronner Stimme“ äußerte sich der Vorsitzende der Deutsch-israelischen Gesellschaft Heilbronn-Unterland, Bernhard Sommer, zu den Perspektiven

„... Elemente eines anhaltenden und gerechten Friedens sind vor allem zwei Basics: die Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel und eine staatliche Zukunftsperspektive für die Bevölkerung des Gazastreifens und der Westbank. Die moderate und vermittelnde Haltung von Abu Mazen auf palästinensischer und von Shimon Peres auf israelischer Seite haben hier wegweisenden Charakter.

Das gemeinsame Gebet im Vatikan zeigt, dass Gesten der Mitmenschlichkeit

und Empathie möglich und umsetzbar sind. Vorbildhaft ist auch die Reaktion der Mutter einer der drei ermordeten israelischen Teenager: Sie ruft zu Respekt und einem Ende der Gewalt auf.

Derartige Gesten sind dringend nötig: Der Teufelskreis aus Angst, Hass, Gewalt und Gegengewalt muss gebrochen werden. Zu viele Menschen sind in den letzten Wochen gestorben – und jede Tötung setzt von neuem die furchterliche Kriegsmaschine in Gang. Durch unsere Freundschaft mit der jüdischen, islamischen und christlichen Bevölkerung Israels sollten wir dafür eintreten, das Wagnis von Friedensverhandlungen einzugehen. Friedensverhandlungen finden mit Feinden statt, die zu Nachbarn, irgendwann vielleicht Freunden, werden

können. Raketen aus Gaza, Iron Dome, Verteidigungsmaßnahmen der israelischen Streitkräfte, Infiltrationen durch Tunnel, Bodenoffensive – und die Toten beider Seiten im Fernsehen. Dieses allzu bekannte Szenario des Schreckens muss ersetzt werden durch ein Szenario der Hoffnung.

Die Zeit drängt.

Jitzhak Rabin hatte dieses Szenario als „Frieden der Tapferen“ bezeichnet, darum geht es. Vor allem Ägypten, aber auch die USA und die EU sind nun mit hoher Dringlichkeit aufgerufen, bei der Herbeiführung eines Waffenstillstandes und der Einleitung von Friedensverhandlungen aktiv zu werden. Die Zeit drängt, menschliches Leben muss geschützt werden.“

Drei Solidaritätskundgebungen für Israel

Freiburg Die DIG Freiburg organisierte seit Ausbruch des verstärkten Raketenterrors auf Israel bislang drei Kundgebungen in Solidarität mit Israel:

Am 27. Juni beteiligten wir uns an dem bundesweiten Flashmob „Bring back our boys“ für die drei entführten israelischen Jugendlichen. Vor dem Freiburger Rathaus machten wir auf das ungewisse Schicksal der Teenager aufmerksam.

Am 17. Juli organisierten wir eine Kundgebung in Solidarität mit Israel. Die Veranstaltung mit etwa 50 Teilnehmern fand auf dem Freiburger Kartoffelmarkt statt. Es wurden Reden gehalten und Informationsmaterial an Passanten verteilt.

Am 31. Juli veranstalteten wir eine weitere Kundgebung in Solidarität mit Israel auf dem Freiburger Rathausplatz. Auch hier wurden Reden gehalten, die Passanten erhielten Informationsmaterial und es gab zahlreiche Gespräche mit ihnen. Etwa 150 Personen nahmen an der Veranstaltung teil. Viele – unter ihnen auch israelische Touristen – kamen spontan hinzu, als sie DIG-Mitglieder und



Freunde mit Israelfahnen und Plakaten stehen sahen. Die Berichte der anwesenden Israelis über das Leben unter dem Raketenterror waren sehr bewegend. Auch

die Presse war anwesend und berichtete in einem Zeitungsartikel über die Veranstaltung.

■
Andrea Lauser

Pro-israelische Solidaritätsveranstaltungen

Israelfahnen am Heinrich-Heine-Platz in Düsseldorf

Düsseldorf. Es war damit zu rechnen, dass es in Deutschland infolge des Gaza-Kriegs zu anti-israelischen Demonstrationen kommen würde. Überrascht waren jedoch viele von den unsäglichen judenfeindlichen Parolen bis hin zu tätlichen Angriffen auf Personen und Brandanschläge auf Synagogen. Heinrich Heine, der große Sohn Düsseldorfs, dürfte sich erschrocken im Grabe umgedreht haben, weil sein „Rabbi von Bacharach“ auch nach 200 Jahren noch aktuell ist. Was also tun? Israelfreunde in Düsseldorf entschieden sich, selbst auf die Straße zu gehen und Flagge zu zeigen. Gabriel Goldberg, ehemaliger Jugendreferent im Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, organisierte mit Unterstützung der Jüdischen Gemeinde und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Düsseldorf sowie der Zionistischen Organisation Deutschlands in drei Wochen drei Solidaritätskundgebungen –



Rund 500 Israelfreunde versammelten sich am 24. Juli auf dem Düsseldorfer Heinrich-Heine-Platz und bekundeten ihre Solidarität.

die erste vor dem Rathaus, die beiden anderen auf dem Heinrich-Heine-Platz am Eingang zur Altstadt, wo erheblich mehr Publikumsverkehr herrscht. Trotz Sommerferien und Fußball-Weltmeisterschaft kamen jede Woche mehr Teilnehmer, zuletzt rund 500, und schwenkten weißblaue Israelfahnen. Unter den zahlreichen Rednern war auch die Politik vertreten, so der Düsseldorfer Bürgermeister Günter Karen-Junge sowie die Abgeordneten Norbert Römer und Ingola Schmitz, beide Mitglieder der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Landtag NRW. „Es ist eine unheilige Allianz, die in den letzten Tagen ihr hässliches Gesicht mit Hass-Parolen und mit Hetze gegen Israel und gegen Juden gezeigt hat – undemokratisch und geschichtsvergessen. Mir treibt es die Schamröte ins Gesicht, mit

ansehen zu müssen, dass jüdische Einrichtungen, dass Synagogen unter verstärktem Polizeischutz gestellt werden müssen,“ so der Vorsitzende der Parlamentariergruppe Norbert Römer in seiner Ansprache.

Seine Kollegin Ingola Schmitz wies auf den Raketenbeschuss durch die Hamas hin, dem die israelische Zivilbevölkerung im Süden Israels schon seit mehr als zehn Jahren ausgesetzt ist: „In den vergangenen Tagen sind 2.000 Raketen auf Israel abgefeuert worden. Ich frage: Wie viel Raketen würde unsere Bevölkerung hier abwarten?“ Antisemitische Hetze und Anfeindungen gegen Juden, Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens und Synagogen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir alle wollen Frieden für die Menschen in Israel und die Menschen in den palästinensischen Autonomiegebie-

ten. Ebenso wollen wir, das jüdische Bürger in Deutschland in Ruhe und Sicherheit leben können“.

Nicht wenige Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Kundgebung sorgten sich, dass ihnen während der Veranstaltung etwas passieren könne und ließen ihre Kinder vorsorglich zu Hause. Wohl war es auch der sichtbaren Polizeipräsenz zu verdanken, dass es zu keinen Übergriffen einer Gruppe von Störern kam, die sich mit aggressiven „Allahu-akbar“-Rufen und dumpf-grölenden „Hoch lebe die internationale Solidarität“-Gesängen bemerkbar machten. Die Kundgebungsteilnehmer ließen sich davon jedoch nicht beeindrucken und sangen zum Schluss der Veranstaltung gemeinsam die Hatikva. *So klingt die Hoffnung auf Frieden.* ■

Jürgen Sterzenbach

Presseerklärung der DIG Hannover

Hannover. Jesiden, irakische Christen und auch säkulare Muslime, die in Syrien und im Irak verfolgt und ermordet werden, verdienen unsere Solidarität! Sie sind Opfer von Terroristen, die der gleichen islamistischen Ideologie anhängen, wie Hamas und Islamischer Jihad, die im Gazastreifen Palästinenser als menschliche Schutzschilde missbrauchen, um dahinter ihre Kämpfer und ihre Waffen zu verstecken und für die Judenmord Teil ihres offiziellen Programms ist. Diese Kräfte drohen an der jesidischen Bevölkerung einen Genozid zu begehen. Wir drücken unsere Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen in Deutschland aus und fordern die Bundesregierung zu aktiver und wirksamer Unterstützung der bedrohten Menschen in Syrien und im Iran auf.

Gegenwärtig sind wir Zeuge von zwei menschlichen Tragödien im Nahen Osten: Dem Vordringen der islamistischen Vergewaltiger und Mörder des „Islamischen Staates“ und seines „Kalifen“ in weite Gebiete Syriens und des Iraks. Überall, wo sie auftauchen, verbreiten sie Schrecken unter der Zivilbevölkerung: „Ungläubige“ werden vertrieben und bestialisch umgebracht, erst vor wenigen Wochen musste die Jahrtausende alte christliche Gemeinschaft in Mossul aus ihrer Heimat fliehen, viele Menschen

wurden ermordet, unwiederbringliche Kulturgüter zerstört. All dies geschah, ohne dass dies zu größeren Reaktionen in den westlichen Gesellschaften oder bei den hiesigen Kirchen geführt hätte. Auf Internetvideos kann man die Exekution hunderter Menschen, Steinigungen von Frauen und die Enthauptungen von Gefangenen durch IS-„Kämpfer“ verfolgen. Die gegenwärtigen Gewalttaten an den Jesiden, die in der Verbrecherideologie der „IS“ als sogenannte „Teufelsanbeter“ noch rechtloser als Christen und Juden sind, erreichen die Dimensionen eines Völkermordes. Legitimiert wird all dies durch eine Perversion des Islam, den Frauenverachtung, Antisemitismus und glühender Hass auf alle Andersdenkenden charakterisiert. Diese Ideologie, entstanden in Ägypten und Pakistan in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts, hat sich inzwischen in weiten Teilen der islamischen Welt verbreitet und gefährdet zuerst säkulare und demokratisch eingestellte Muslime und die Minderheiten dieser Länder.

Auf die gleichen ideologischen Grundlagen stützt sich die Diktatur der Hamas im Gazastreifen. Auch dort wurden Kinos, Theater und sonstige Symbole „westlicher“ Kultur zerstört, religiös oder politisch abweichende Meinungen werden mit Gewaltandrohung und Mord

zum Schweigen gebracht, Oppositionelle – selbst Anhänger der PLO – ermordet. In der Auseinandersetzung mit Israel werden nicht nur wahllos Zivilisten jenseits der Grenze durch Raketenbeschuss gefährdet, Waffenlager und Abschussrampen werden gezielt in Schulen, Moscheen und Wohngebieten untergebracht und die eigene Bevölkerung wird mit Waffengewalt daran gehindert, den israelischen Vorwarnungen Folge zu leisten und sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Opfer unter der eigenen Bevölkerung sind Teil der menschenverachtenden Taktik von Hamas und Islamischem Jihad. Hätte die israelische Armee die Terrortunnel nicht rechtzeitig zerstört, hätten durch sie Mordkommandos in israelische Siedlungen eindringen und möglichst viele Menschen töten sollen.

Während Israel in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen, sind die Jesiden in Kurdistan auf Hilfe von außen angewiesen!

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Hannover ruft daher zur Teilnahme an der Demonstration der Jesiden am kommenden Samstag auf! Sie soll auch dazu dienen, die Solidarität möglichst vieler Hannoveraner mit den Opfern der islamistischen Gewalt in Syrien und im Irak zu zeigen.

Hannover, den 13.08.2014 ■

Koexistenz in Jerusalem – ja oder nein?

Seit bald 50 Jahren arbeitet die Jerusalem Foundation zum Wohle der Einwohner von Jerusalem. Ein Kerngebiet ist die Förderung der Koexistenz. Hier leistet die Stiftung einen maßgeblichen Beitrag – mit Programmen zum nachhaltigen Abbau von Vorurteilen.

Doch wie steht es um Jerusalems Koexistenzprogramme, angesichts der aktuellen Situation? Zwei Beispiele zeigen, dass in der Bevölkerung der Wille zu Normalität vorherrscht:

Das Jerusalem Intercultural Center (JICC): 1999 in Zusammenarbeit mit der Jerusalem Foundation gegründet, steht das JICC nachweislich für Lösungen, die das tägliche Zusammenleben in der multi-kulturellen Stadt erleichtern. Seit Jahren fördert die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur von Prof. Dr. Jan-Philipp Reemtsma mit Hilfe der Foundation diverse Programme des Zentrums.

Nach der Ermordung von drei jüdischen Schülern und dem darauffolgenden Mord an einem arabischen Jungen brachen Unruhen in vielen arabisch-sprachigen Jerusalemer Stadtteilen aus. Das JICC überzeugte die Stadtverwaltung, städtische Servicangebote in den betreffenden Vierteln regulär weiterzuführen. Dieser neue Ansatz signalisierte „business as usual“ und trug zur Beruhigung bei. Während der Raketenangriffe auf Israel, die teilweise Jerusalem betreffen, werden die vom JICC ins Leben gerufenen und von der Daimler AG geförderten Notfallversorgungsteams in den arabisch-sprachigen Stadttei-



Schülerinnen und Schüler der zweisprachigen (Hebräisch/Arabisch) Hand in Hand Schule mit ihrer Lehrerin

len aktiv. Die Teams vereinigen lokale Kräfte, darunter ortsansässige Krankenschwestern, Ärzte, Baggerbesitzer und mehr. Das Kompromissmodell wurde notwendig, da die Bevölkerung keine Notfallversorgung durch die israelische Armee wünscht.

Die Max Rayne Hand in Hand Schule für bilinguale Erziehung: Die Schule unterrichtet hebräisch- und arabischsprachige Schüler vom Kindergarten bis zum Abitur gemeinsam und in beiden Sprachen. Unter dem Motto

„Wir weigern uns, Feinde zu sein“, führte sie planmäßig ihr Sommerprogramm durch, hielt Friedensmärsche ab und lud Eltern, Lehrer und interessierte Außenstehende zur gemeinsamen Diskussion der Lage in die Liechtenstein Schulbibliothek ein.

Aus Sicht der Jerusalem Foundation gibt es keine Alternative zur Koexistenz, möchten doch alle auch weiterhin in Jerusalem ihre Zukunft gestalten. Die Stiftung nutzt den Willen zur friedlichen Verständigung an der

Bevölkerungsbasis, um mit Grassroots-Projekten Veränderungen von unten anzustoßen – überparteilich und ohne jedwede politische Motivation.

PraktikantInnen willkommen!

Sie möchten einen Einblick in nachhaltige Stiftungsarbeit gewinnen? Eine der spannendsten Städte – Jerusalem – einmal aus der Nähe und ganz anders kennenlernen? Dann bewerben Sie sich um einen Praktikumsplatz bei der Jerusalem Foundation!

Wir freuen uns über Volontäre, die für mindestens 1 Monat nach Jerusalem kommen möchten. Gute Kenntnisse der deutschen und englischen Sprache werden vorausgesetzt. Hebräischkenntnisse sind nicht unbedingt erforderlich. Für nähere Informationen oder zur Bewerbung mit Anschreiben und Lebenslauf wenden Sie sich bitte an anfrage@jfjlm.org.

IMPRESSUM

Jerusalem Foundation

Internet: www.jerusalemfoundation.org

Irène Pollak-Rein, M.A., Sonderberaterin des Präsidenten,
 Direktorin der Abteilung für deutschsprachige Länder
 11, Rikva Street • POB 10185 • Jerusalem 91101 • Israel
 Tel.: 0 0972-2-675 17 13 • Fax: 0 0972-2-565 10 10

E-Mail: irenep@jfjlm.org

National Director, Germany

Gabriele Appel, M.A., Chopinstraße 16 • 81245 München
 Tel.: 089-89670213 • Fax: 089-833957

E-Mail: gabrielea@jfjlm.org

Jerusalem Foundation Deutschland e.V.

E-Mail: jfdberlin@onlinehome.de

Bankverbindung: Commerzbank Berlin

Konto-Nr. 0222 8500 00 • BLZ 100 400 00

IBAN: DE40 1004 0000 0222 8500 00 • BIC: COBADEFFXXX

Ein großer Israeli

Zum Tode von Asher Ben-Natan

Von Manfred Lahnstein

Mit 93 Jahren ist Asher Ben-Natan von uns gegangen. Ihm war ein langes und ungemein reiches Leben beschieden gewesen. Das, was er in den langen Jahrzehnten seines Wirkens erreicht hat, ist in mehreren Nachrufen ausführlich geschildert worden. Es ist ungemein beeindruckend, kann kaum vollzählig bezeichnet werden und wird nie vergessen sein.

Ich bin Asher Ben Natan zum ersten Mal im Frühjahr 1967 begegnet, als er Botschafter Israels in Bonn war. Es ging darum, die erste Reise in sein Heimatland vorzubereiten. Und ich schreibe bewusst „Heimatland“. Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel waren damals nicht einmal zwanzig Jahre alt. Aber während wir uns immer wieder mit der Frage nach unserer Identität schwer taten, hatte Asher sie längst beantwortet. Er war Israeli, völlig selbstverständlich und mit einer großen, beinahe beängstigenden Autorität. Wir haben ihn dann immer wieder als Vermittler und Brückenbauer erleben dürfen. Aber er hat sich nie durch jene Haltung vereinnahmen lassen, die unter dem Dach der „besonderen Beziehungen“ eine merkwürdig nostalgische Art von Kameraderie entwickelt hat. Asher Ben-Natan war israelischer Patriot. Punktum.

Viele Jahre später, 1981, haben wir beide daran mitgewirkt, über einen umfangreichen Agentenaustausch endlich auch die Freilassung von Nathan Scharanski möglich zu machen. Damals habe ich eine andere Eigenschaft an Asher kennen- und schätzen gelernt: Seine unbedingte Verlässlichkeit und Diskretion. Er war vielleicht nicht einer von den Freunden, mit denen man in tiefer innerer Überzeugung Pferde stehlen konnte. Aber ihm würde ich jederzeit meine Familie anvertraut haben.

Hinter aller Freundlichkeit, hinter dem Vorhang diplomatischen Vorgehens war da eine grenzenlose Entschlossenheit zu spüren. Sie galt dem Überleben und der Sicherheit seines Heimatlandes. So ist das, wenn man als überzeugter Zionist mit 17 Jahren auf abenteuerlichen Wegen



Asher Ben-Natan

nach Palästina geht und sich der Haganah anschließt. So ist das, wenn man unter einer falschen Identität aus Wien heraus die illegale Immigration von Holocaust-Überlebenden organisiert. So ist das, wenn man sich im Paris der fünfziger Jahre erfolgreich um Waffenlieferungen nach Israel und die Errichtung des Reaktors in Dimona bemüht. So ist das aber auch, wenn man während des Yom

Kippur-Krieges 1973 den Sohn Amnon in der Panzerschlacht auf den Golan-Höhen verliert. Niemand von uns kann Gleichartiges von sich erzählen.

Als erster Botschafter des Staates Israel bei uns, als langjähriger Berater der Regierung in Jerusalem, aber auch über die Israelisch-Deutsche Gesellschaft, deren Präsident er von 1980 bis 2008 war, hat er in Deutschland ein dichtes Netz wertvoller Verbindungen aufgebaut, von denen wir in beiden Ländern heute noch zehren und auch weiter zehren werden. Schon als junger Mann war er dem großen Ben-Gurion näher gekommen, und diese Beziehung hat ihn zeitlebens nicht mehr losgelassen. SdeBoker, das dortige Hamburg Haus, die Ben-Gurion Universität in Beersheba – all das kreiste um den Gründer des Staates und seinen so wichtigen Helfer. Beide sind schon zu ihren Lebzeiten Legenden geworden, David Ben-Gurion und Asher Ben-Natan. So wollen wir uns seiner immer dankbar erinnern, wenn uns der Weg nach Israel und insbesondere in den Negev führt.

„Israel vivra!“ So stand es nach dem Sechs-Tage-Krieg an Brüsseler Hauswänden. „Israel wird leben!“ Dass dies auch heute noch tiefe Überzeugung ist, dafür danken nicht nur seine Landsleute Asher Ben Nathan aus vollem Herzen. Auch wir Deutschen sollten das tun, verbunden mit der erklärten Bereitschaft, das unsrige hierzu beizutragen.

Denn nur das zählt, was wir zu tun bereit sind. So hat es Asher Ben-Natan gehalten. Und so können wir seiner am besten gedenken. ■

Ehrung für Roland Neidhardt

Am 11. April 2014 wurde Roland Neidhardt mit dem Bundesverdienstkreuz im Oldenburger Rathaus ausgezeichnet. Grund für die Auszeichnung war sein jahrzehntelanger Einsatz zugunsten der deutsch-israelischen Beziehungen. In seiner Dankesrede ging Roland Neidhardt, Gründer der Arbeitsgemeinschaft Weser-Ems – später Oldenburg – auf wichtige Stationen seines Engagements ein.

Ausgehend von seinem frühen Aufenthalt in Kibbuzim und dem langjährigen Einsatz in Nes Amim war er Initiator der partnerschaftlichen Beziehungen zwi-

schen MatéhAshér und Oldenburg. Diese lebendige Partnerschaft fand ihren Ausdruck in vielen Begegnungen und einem Schwerpunkt in der Begegnung junger Musiker. Eindrucksvoll war auch der Einsatz junger Vermesser der Fachhochschule Oldenburg in MatéhAshér. Besonderes Kennzeichen der DIG in Oldenburg war die Zusammenarbeit zwischen DIG und Deutsch-Palästinensischer Gesellschaft, die Dialogbereitschaft und gegenseitigen Respekt förderte. In den frühen 80er Jahren gab es über den Standort der Grünen bezüglich des Themas Israel heftige Debatten. In



Erste Stadträtin Silke Meyn gratuliert Roland Neidhardt zum Bundesverdienstkreuz

einer von Roland Neidhardt initiierten Veranstaltung wurden die unterschiedlichen Standpunkte im Rahmen eines Seminars in Rastede debattiert. Joschka Fischer, einer der an dieser Debatte Beteiligten, wurde später Vizepräsident der DIG.

Wir freuen uns mit Roland Neidhardt über seine Ehrung und hoffen, dass es noch viele Gelegenheiten geben wird, bei denen er seine Erfahrung und seine fundierten Kenntnisse in die Arbeit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft einbringt. ■

Einweihung der Heinz- und Ruth Galinski-Bibliothek in Jerusalem

Der Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz,

Christian Lange MdB, weihte die „Heinz- und Ruth Galinski-Bibliothek“ in Jerusalem in der Denmark-High-School ein und hielt eine Eröffnungsrede.



Christian Lange, MdB eröffnet die Heinz und Ruth Galinski-Bibliothek in Jerusalem

Dabei führte er aus:

„Ich habe mich sehr gefreut, als ich vom Präsidenten des Keren Hayesod Deutschland, Nathan Gelbart, gefragt wurde, ob ich nicht als Parlamentarischer Staatssekretär heute die Heinz- und Ruth Galinski-Bibliothek hier an der Denmark High School eröffnen könne.

Auch wenn ich schon sehr oft als Bundestagsabgeordneter Israel besucht habe, ist es für mich heute eine besondere Ehre.

Heinz Galinski - dieser am 28. November 1912 in Marienburg im damaligen Westpreußen geborene Mann - steht wie kein Anderer für den Neubeginn jüdischen Lebens in Deutschland nach der Shoah.

Lassen Sie mich etwas über Heinz Galinski sagen: Er stammte aus einer klassisch deutschen Familie. Sein Vater war Kaufmann und Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg. Heinz Galinski absolvierte eine Lehre zum Textilkaufmann, die er 1933 abschloss. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zog die Familie nach Berlin, da sie dachten, der Antisemitismus sei in einer Großstadt nicht so schlimm wie in Marienburg.

So lebte Heinz Galinski ab 1938 in der Schönhauser Allee 31/32 im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg (heute erinnert eine Gedenktafel an dem Haus an ihn).

Nachdem er bereits ab 1940 Zwangsarbeit leisten musste, wurde er 1943 mit seiner Frau und seiner Mutter von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert, später musste er für die I.G. Farben Zwangsarbeit im KZ Auschwitz-Monowitz leisten. Seine Ehefrau und seine Mutter wurden in Auschwitz ermordet. Im Januar 1945 wurde Heinz Galinski im Rahmen der Evakuierung des KZ Auschwitz in das KZ Mittelbau verschleppt und nach dessen Räumung in das KZ Bergen-Belsen. Dort wurde er Mitte April 1945 von britischen Truppen befreit.

Die Tatsache, dass er nach diesem Schicksal, nach diesen brutalen Erfahrungen, beschloss, in Deutschland zu bleiben, um in Deutschland ein neues jüdisches Leben mit aufzubauen, zeigt, wie stark Heinz Galinski gewesen sein muss.

Von April 1949 bis zu seinem Tod am 19. Juli 1992 war Heinz Galinski Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands.

Zudem war er von 1954 bis 1963 und von 1988 bis 1992 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Heinz Galinski widmete sich auch gegen weltweiten Widerstand der jüdischen Gemeinschaften dem Aufbau jüdischen Lebens in Deutschland. Seine zweite Frau Ruth Galinski, die ich in Berlin kennenlernen durfte, hat mir berichtet, dass ihm das eine Herzensangelegenheit war – sonst hätten die Nationalsozialisten nämlich ihr Ziel eines „judenfreien“ Deutschlands erreicht.

Als Mitglied des Deutschen Bundestags verneige ich mich vor dem Leben von Heinz Galinski, vor seinem Mut, vor seiner Entschlossenheit, ohne die es heute keine jüdischen Gemeinden in Deutschland geben würde.

Heinz Galinski war DIE Stimme jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945. Auf ihn wurde gehört. Seine Meinung wurde geachtet. Die deutsche Politik hatte großen Respekt und Hochachtung vor ihm.

Heinz Galinski machte den Mund auf, wenn er Unrecht erkannte. „Ich habe Auschwitz nicht überlebt, um zu neuem Unrecht zu schweigen“- das war seine Maxime.

Heinz Galinski wurde 1987 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin verliehen – und als er 1992 starb, versammelten sich Tausende von Berlinern an den Straßen,

als sein Sarg von dem Gemeindehaus in der Fasanenstraße auf den jüdischen Friedhof in der Heerstraße gebracht wurde.

Heinz Galinski glaubte an das neue Deutschland – auch wenn es auf ihn 1975 sogar einen Paketbombenanschlag gegeben hat und er permanent Personenschutz brauchte.

Verschwiegen werden darf auch nicht, dass 1998 zwei Anschläge auf sein Grab verübt wurden, bei denen sein Grab fast vollständig zerstört wurde.

Heute werden in Deutschland wieder Rabbiner ausgebildet. Es gibt jüdische Kindergärten, jüdische Schulen, jüdische Fakultäten, jüdische Hochschulgruppen, es gibt sogar einen Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokraten in meiner Partei. Heute leben einige Tausend Israelis in Berlin, die einen wichtigen Beitrag für die Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft leisten. Heinz Galinski hätte sich über diese Entwicklung sicherlich sehr gefreut.

Allerdings dürfen wir trotz dieser erfreulichen Entwicklung nicht vergessen, dass auch heute noch die jüdischen Einrichtungen, seien es die Kindergärten oder die Synagogen, Polizeischutz benötigen – das dürfen wir nicht als normal hinnehmen, sondern müssen weiterhin aktiv gegen jede Form des Antisemitismus kämpfen. Das sind wir Menschen wie Heinz Galinski schuldig.

Heinz Galinski war ein überzeugter Zionist. Wie auch seine Frau Ruth. Sie waren beide oft in Israel – Und daher freue ich mich sehr, dass heute die Heinz- und Ruth Galinski Bibliothek eröffnet wird!

Ich hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler große Freude an dieser Bibliothek haben werden und dass sie auch lernen, wer Heinz Galinski war - Ein großartiger jüdischer Deutscher, dem wir alle sehr viel zu verdanken haben“.

Neben Nathan Gelbart, den Präsidenten von Keren Hayesod Deutschland, hat auch der stellv. Vorsitzender der DIG AG Berlin und Potsdam, Mirko Freitag, auf Wunsch von Ruth Galinski, die leider nicht persönlich nach Jerusalem kommen konnte, an der Eröffnungszereemonie teilgenommen.

„Heinz Galinski ist für uns Juden in Deutschland von großer Bedeutung. Ohne ihn hätte es nach der Shoah wohl kein jüdisches Leben in Deutschland wieder geben können. Heinz und Ruth Galinski haben sich stets für ein starkes Israel eingesetzt und viele soziale Projekte in Israel unterstützt. Ich bin mir sicher, dass diese Bibliothek, gerade auch an einer Schule, auf die viele Kinder aus sozial-benachteiligten Familien gehen, ganz im Sinne von Heinz Galinski sel. A. gewesen wäre“, so Mirko Freitag. ■

Gedenken an Meggie Jahn

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, es liegt nun bereits zwei Jahre zurück, dass Meggie Jahn, die stellv. Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft – Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam und Mitarbeiterin des MdB Stefan Rebmann aus Mannheim, von uns gegangen ist.

Am 27. Januar 2014, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, wäre Meggies 55. Geburtstag gewesen. Aus gegebenem Anlass feierte Meggie fast nie ihren Geburtstag, sondern widmete sich an diesem Tag ganz und gar einem würdevollen und angemessenen Erinnern an die Opfer der Shoah innerhalb verschiedener Veranstaltungen, die sie meist selbst organisierte. Für Meggie war es gerade auch an diesem besonderen

Datum Priorität, sich für die Solidarität mit Israel auszusprechen.

Fritz Zimmermann, Meggies Partner und Weggefährte, nahm ihren 55. Geburtstag und damit den Gedenktag zum Anlass, Meggie in ihrer zweiten Heimat Israel ein Denkmal zu setzen und gemeinsam mit israelischen und deutschen Freunden eine Zeremonie zu ihren Ehren abzuhalten.

Gemeinsam mit dem KKL – Keren KayemethLeIsrael (dem jüdischen National-Fond) wurde zur Erinnerung an Meggie für eine Waldfläche in dem von ihr sehr geliebten Carmel-Gebirge gemeldet und eine Stele für sie errichtet.

Wir alle haben nicht nur eine enge Freundin verloren, sondern einen ganz besonderen Menschen, der sich unentwegt



mit beispielloser Leidenschaft, Wärme, Mut und Hingabe für deutsch-israelische Beziehungen eingesetzt hat. Meggie ist mit ihrem beeindruckenden Engagement unersetzlich und wird uns allen für immer in bester Erinnerung bleiben!

Für mich persönlich war und ist Meggie eine Inspiration und ich wünschte, wir könnten in Berlin weiterhin gemein-

same Projekte auf den Weg bringen. Es fehlt mir, mit Meggie auf ungezwungene Weise zu lachen und gemeinsam tolle Ideen in Euphorie zu verfallen. Auch wenn sie nicht mehr bei uns ist, wird sie meine Arbeit im Geiste immer begleiten und beflügeln!

Ich wünsche vor allem ihrem Partner Fritz Zimmermann, ihrer Familie und ih-

ren Freunden die Kraft, ohne sie durchs Leben zu gehen und trotz des Schmerzes die von ihr so wunderbar vorgelebte Lebensfreude zu leben! Ich bin mir sicher, dies wäre in Meggies Sinn. ■

Stefanie Horn

Leiterin der deutschen Abteilung

Leo Baeck Zentrum Haifa

Angehende Kfz-Mechaniker aus Israel zu Besuch bei der VGF Frankfurt

Frankfurt. Den Beruf des Kfz-Mechanikers lernen die israelischen Jugendlichen, die in zwei Gruppen jährlich nach Frankfurt kommen, um bei der Innung des Kfz-Gewerbes Frankfurt und Maintanus eine vierwöchige berufsbegleitende Ausbildung zu absolvieren. Bernhard Mertens, Mitglied der DIG Frankfurt hat es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, einen Teil des Freizeitprogrammes der Jugendlichen, die aus dem Jugenddorf Hadasah Neurim der Kinder- und Jugendaliya stammen, zu gestalten. Als Highlights des Programmes organisiert Bernhard Mertens Exkursionen an den Frankfurter Flughafen oder den Besuch der Zentralwerkstatt für Schienenfahrzeuge der Verkehrsgesellschaft Frankfurt VGF. Hier darf jeder Jugendliche einmal eine Straßenbahn lenken. ■

Claudia Korenke



DIG-Mitglied Bernhard Mertens im Kreis der Jugendlichen aus Israel in der Zentralwerkstatt der Verkehrsgesellschaft Frankfurt VGF

Die Geschichte des Anderen verstehen lernen

Bielefeld. Unter diesem Titel referierte Dr. Falk Pingel in einer Veranstaltung der DIG-Arbeitsgemeinschaft Bielefeld über ein israelisch-palästinensisches Schulbuchprojekt und die Schulbuchdebatte in Israel und Palästina. Dr. Pingel begann seine Berufstätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Fakultät für Geschichtswissenschaft an der Bielefelder Universität und war stellvertretender Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Das Georg-Eckert-Institut unterstützte eine Gruppe israelischer und palästinensischer Lehrer und Wissenschaftler bei dem Versuch, mit gemein-

sam erarbeiteten Unterrichtsmaterialien Vorurteilsstrukturen zu durchbrechen, ein Beispiel von Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zu geben und für friedliche Konfliktlösungsstrategien zu werben.

Schulbildung ist eingebettet in die politischen Rahmenbedingungen, oft geprägt von kriegerischen Konflikten. Die politische Situation spiegelt sich in der Pädagogik wider. Die Lehrpläne in Israel und Palästina negieren die jeweils andere Seite oder schreiben ihr negative Eigenschaften zu. In den israelischen und palästinensischen Geschichtsbüchern kommen die Erfahrungen und das Leid der jeweils anderen Seite nicht vor. Israelis werden in

palästinensischen Schulbüchern nur als Besatzer dargestellt, die das Land zerstören. In israelischen Schulbüchern erscheinen die Palästinenser als gewaltbereite Menschen. Die jeweilige Geschichte und Kultur wird nicht behandelt. Landkarten bilden Städte und Dörfer der anderen nicht ab. Der Geschichtsunterricht ist einseitig darauf gerichtet, das Handeln der eigenen Seite zu rechtfertigen und das Bild des anderen zu verdunkeln.

Das Team einte die Überzeugung, dass die Überwindung von Feindschaft in den Köpfen zu beginnen hat und dass die Grundlagen für Verständigung in der Schule gelegt werden müssen. Dabei

strebte es nicht an, die jeweiligen Narrative zu verändern oder eine einzige gemeinsame Interpretation der Geschichte zu etablieren. Ziel war es vielmehr, israelischen und palästinensischen Schülern die Möglichkeit zu eröffnen, die Sichtweise der jeweils anderen nachzuvollziehen. Jede Seite stellte ihre eigene Geschichte dar, im Schulbuch jeweils rechts und links gegenüber gestellt, mit einer freien Mitte, um dort die eigene Meinung darlegen zu können.

Das Schulbuchprojekt war an der deutschen christlichen Schule Talitha Kumi in Beit Jala beheimatet. Bei Versuchen in etwa 10 Schulen auf jeder Seite zeigte sich eine große Spanne an Reaktionen. Am besten gelang die Diskussion. Der Versuch, zu einer neuen Sichtweise zu kommen, scheiterte. In Israel und Palästina sind das Vorhaben und ähnliche Versuche, den Konflikt aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten, sehr kontrovers aufgenommen worden. Das israeli-

sche Ministerium hat entschieden, das Buch nicht in den Schulen einzusetzen. Das palästinensische Ministerium hat zumindest erlaubt, es auszuprobieren. Im Augenblick ruht die Arbeit der Gruppe. Es stellt sich die Frage, ob friedenspädagogische Ansätze solange keine Chance haben, wie eine politische Lösung des Konflikts nicht in Sicht ist. ■

Die Unterrichtsmaterialien sind zugänglich unter <http://friedenspaedagogik.de/blog/wp-content/uploads/2010/03/primetextbuch.pdf>

Bonner Jugendliche setzen Projekt in Israel fort

Bonn. Bei der diesjährigen „Begegnung – Deutsch-Jüdisch-Arabisches Jugendprojekt“ der Arbeitsgemeinschaft Bonn in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft waren 17 Schülerinnen und Schüler von zwei weiterführenden Bonner Schulen – ein Gymnasium, eine Gesamtschule – Gäste in den Familien der israelischen Gruppe.

Seit der Begegnung im Vorjahr in Deutschland hatten die Bonner Jugendlichen Kontakte mit ihren Partnern der Regional Highschool Mizra.

Zwar hatten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kenntnisse über Israel in mehreren Vorbereitungstreffen und in einem Wochenendseminar erworben, aber die vielen Eindrücke, die durch die Begegnung mit der konkreten Realität im Gastland gewonnen wurden, brachten neue Erfahrungen und Vertiefung der Kenntnisse.

Zu den wichtigsten Zielen des Begegnungsprogramms zählt immer wieder, die jeweils andere Kultur kennen zu lernen. Die deutschen Gäste äußerten sich geradezu enthusiastisch über die Gastfreundschaft, die sie während der Zeit in Israel empfangen haben. Diese wurde allgemein als gute Voraussetzung für den Aufenthalt und die damit verbundenen An- und Herausforderungen empfunden. Das Besuchsprogramm trug mit der Teilnahme am Sederabend und mit Besuchen in religiösen Einrichtungen dazu bei, dass die verschiedenen Kulturen näher beleuchtet und erfahrbar gemacht wurden.

Beim Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem setzten wir die im Vorjahr begonnene gemeinsame Auseinandersetzung mit der Shoah fort. Eine Teilnehmerin fasste ihre Eindrücke folgendermaßen zu-



Die Bonner Schülerinnen und Schüler mit ihren israelischen Austauschpartnern

sammen: „*Ein ganz wichtiger Programmpunkt unseres Besuchs in Jerusalem war Yad Vashem. Wir Deutsche waren sehr berührt von den Bild- und Tondokumenten der zentralen Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust in Israel. Besonders beeindruckend war ein Denkmal am Ende der Führung, das allein für die in der Shoah ermordeten Kinder errichtet worden ist. Nur ein paar Kerzen spendeten dort Licht für den Gang durch Dunkelheit.*“

Neben dem Besuch in Yad Vashem standen zwei weitere Themenkomplexe im Mittelpunkt der Begegnung: „*Geschichte und Entwicklung des Staates Israel und des Nahost-Konflikts*“ wurden uns in Jerusalem bei einem Besuch auf dem Herzl-Berg mit dem Besuch des Grabes von Theodor Herzl und Gräbern von israelischen Opfern der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt näher gebracht. In Tel Aviv informierten wir uns im Rabin-Center weiter

über die Geschichte des Staates Israel und über Bemühungen zu einem Ausgleich zwischen israelischen und palästinensischen Interessen und deren Scheitern nach der Ermordung Rabins. In Nazareth, der größten arabischen Stadt in Israel, führten wir ein Gespräch mit einer Araberin. Hierbei wurden die Differenzen in den Standpunkten und Erwartungen von arabisch-muslimischen und jüdischen Israelis deutlich. Die Meinung eines deutschen Teilnehmers hierzu: „*Der Patriotismus mancher Israelis war manchen aus der deutschen Delegation auf die Dauer auch zu viel. Das liegt wahrscheinlich daran, dass wir uns in diese Situation nicht komplett hineinversetzen können. Jedoch machten diese Unterschiede den Austausch auch interessant.*“

„*Soziale Probleme Israels – verschiedene Bevölkerungsgruppen und ‚illegale‘ Einwanderung*“ waren bereits in den Vorbereitungstreffen und einem Wochen-



Besuch im Rabin-Center in Tel Aviv

endseminar behandelt worden. Schon bei dem Gespräch in Nazareth wurden neben politischen Problemen auch Schwierigkeiten deutlich, die dadurch bedingt sind, dass in Israel Menschen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit und kultureller Hintergründe zusammenleben.

Während der Tagesexkursion nach Tel Aviv lernten wir aus der Perspektive eines jungen Akademikers aus Darfur (Sudan) das Problem der „illegalen“ Einwanderung kennen und erfuhren, wie staatliche Institutionen in Israel damit umgehen.

Natürlich genossen die Jugendlichen auch gemeinsame Freizeit-Aktivitäten, die im Programm vorgesehen waren. Die Tagebucheintragung einer Teilnehmerin gibt die Wirkung des Begegnungsprogramms

wieder: „Wir alle haben unheimlich viel von dieser Begegnung mitgenommen; es war eine große Chance, die sich bestimmt nicht jedem bietet. Die Teilnehmer der beiden Delegationen befanden sich schnell auf einer Wellenlänge und es wurden Freundschaften geschlossen. Die meisten von uns werden wohl noch lange an diese Wochen zurückdenken. Und wer weiß, vielleicht gibt es ja irgendwann ein Wiedersehen.“ Beim Abschied war die Trauer groß, und man versprach einander, in Kontakt zu bleiben und die Freunde und Freundinnen in Israel oder Bonn bald einmal wieder zu sehen. Zwei Gruppenmitglieder haben inzwischen schon konkrete Schritte für ein Wiedersehen noch in diesem Jahr unternommen. ■

Bernd Kilpert

Freundschaft durch Schüleraustausch

30 Jahre Schulpartnerschaften zwischen Mannheim und Haifa

Mannheim. Rund 250 Gäste aus Mannheim und der Region haben mit einer israelischen Schülergruppe und ihren Lehrern am 16. Juli das dreißigste Jahr der Schülerpartnerschaften zwischen Haifa und Mannheim gefeiert. Darunter auch zahlreiche Gemeinderäte und Freunde der Städtepartnerschaft aus Schulen, der Stadt und Vereinen. In die Freude über die engen gewachsenen Beziehungen mengte sich Trauer und Besorgnis angesichts der aktuellen Lage in Israel.

Schoschana Maitek-Drzevitzky, die Hausherrin der jüdischen Gemeinde, in deren Räumen gefeiert wurde, begrüßte die deutschen und israelischen Gäste mit einer persönlichen Rede, in der sie ihre Erinnerungen an die erste Kontaktaufnahme mit Lehrern aus Haifa teilte. Die heutigen Vorstandsmitglieder der DIG-Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar, Mannheim Margot Neuberg und Klaus Riebel sowie Dudi Goshen, Lehrer in Kiryat Haim, einem Vorort von Haifa, haben den Austausch 1984 initiiert. Rasch konnten sie weitere Lehrer und Eltern dafür begeistern. Brigitte und Gerd Pfitzner sowie die Lehrerinnen Rita Althausen und Anouk Bourrat-Moll kamen dazu. Als das Tullagymnasium Mannheim geschlossen wurde, nahmen die Lehrkräfte den Austausch an das Elisabeth-Gymnasium mit. Weitere Schulen in Mannheim und der Region

folgten und die erste Generation der Austauschler trägt die Idee heute als Lehrer fort.

Es dauerte nur zehn Jahre und der Austausch war etabliert: Aus dem Schüleraustausch entstand so die regionale Arbeitsgemeinschaft der DIG, die seit zwanzig Jahren den Austausch zwischen Deutschen und Israelis fördert. Und auch die Städtepartnerschaft zwischen Mannheim und Haifa ist aus dem Schüleraustausch entstanden. „Beide Hafenstädte pflegen heute einen intensiven Kontakt in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft. Ausgangspunkt war die Freundschaft zwischen Schülern, Eltern und Lehrern“, betonte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz in seinem Grußwort.

Auch der Oberbürgermeister von Haifa, Jona Yahav, der zwar nicht persönlich teilnehmen konnte, aber sein Grußwort von Vorstandsmitglied Mike Cares verlesen ließ, nannte den Schüleraustausch als einen der wichtigsten Bestandteile der Städtepartnerschaft. Über 1.000 Menschen in beiden Ländern waren mittlerweile daran beteiligt. 19 Schülerinnen und Schüler aus Haifa gaben der Idee auf der Bühne ein Gesicht und eine Stimme. Auch deutsche Schülerinnen, begleitet von ihrem Lehrer Steffen Antes, der in den 80ern selbst als Austauschschüler in Haifa war, sowie die ehemaligen Austauschschüler

Joachim Goltz und der Zauberer Tigran trugen zum Abend bei. In einem schriftlichen Grußwort gratulierte die Vorsitzende des Vereins Jüdisches Leben Kraichgau, Elisabeth Hilbert.

Die Feier war von den aktuellen Ereignissen in Israel überschattet und so kam der DIG Vorsitzende Hannes Greiling nicht umhin, die aktuelle Lage aufzugreifen. Er sprach den israelischen Freunden die Anteilnahme der Anwesenden aus. In dreißig Jahren habe der Austausch keine Unterbrechung erlebt. Gerade in solchen Tagen zeige sich, wie wichtig Programme zum besseren Verständnis Israels seien. Dudi Goshen schilderte eindrucksvoll, wie sich das Leben unter dauerhaftem Raketenbeschuss anfühlt. „Nichts mehr ist normal. Sie warten nur noch auf die Sirenen und laufen in die Bunker, um am Leben zu bleiben.“ Er endete mit einem Appell an die Schüler: „Lernt es, Euch zu verstehen, Kompromisse einzugehen, die Verständigung zu suchen und Eure Welt wird eine bessere sein, als die, die wir Euch überlassen.“ Die heutige Freundschaft zwischen Haifa und Mannheim ist ein Beispiel dafür, was eine kleine Gruppe von Menschen mit ihrem Engagement und ihrem Willen bewegen kann.

Umrahmt wurde der Festakt von der Gruppe Roadtrip, die die Feier am Ende zu einer großen Jubiläumsparty machte. ■

Mitglieder aus Chemnitz in Erfurt zu Gast

Chemnitz/Erfurt. „Auf jüdischen Spuren in Erfurt“ war die Begegnungsfahrt von DIG-AG Chemnitz und Frauenverein der jüdischen Gemeinde Chemnitz am 6. Oktober 2013 überschrieben. Auf dem Programm standen Besichtigungen der Neuen, der Alten und der Kleinen Synagoge sowie Begegnungen mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde und der DIG-AG Erfurt.

Im Jahr 2009, vor gerade erst vier Jahren, wurde die ehemalige und älteste Synagoge Erfurts ihrer neuen Nutzung übergeben: nicht mehr als Sakralbau, sondern als Ort von Ausstellungen!

Die Jüdische Gemeinde der Stadt, eine der stärksten im mitteldeutschen Raum, wurde durch ein verheerendes Pogrom im Jahr 1349 nahezu vollständig ausgelöscht. Mehr als 1.000 (!) Männer, Frauen und Kinder wurden entweder ermordet oder vertrieben. Die Synagoge selbst wurde in ein Lagerhaus umwandelt, später in eine Gaststätte. Heute noch sind Jugendstilelemente erkennbar.

Die nach 1350 zuziehenden Juden konnten sie nicht mehr als Gottesdienstraum nutzen. So blieb der Bau äußerlich erhalten, auch während des Nationalsozialismus, weil keiner mehr wusste, dass dieses Haus einst Mittelpunkt der Jüdischen Gemeinde gewesen war.

Nun aber – 650 Jahre später – ist die Alte Synagoge zu neuem Leben erweckt worden! In drei Etagen sind kostbare und außerordentliche Fundstücke zu bestaunen, unter anderem eine handgeschriebene Bibel. Darin finden sich textkritische Kommentare aus der Zeit vor Martin Luther, sie selbst wird datiert auf die Zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts.



Besuch der Neuen Synagoge in Erfurt

Außerdem bewunderten wir einen Hochzeitsring aus purem Gold, Münzen und viele andere Dinge. Die ehemaligen Besitzer, Bewohner der Stadt und offenbar Handelsjuden, haben sie vermutlich 1349 während des Pogroms vergraben. Der „Erfurter Schatz“ wurden erst vor wenigen Jahren bei archäologischen Grabungen unweit der Alten Synagoge wiederentdeckt.

Für die DIG Chemnitz und den Frauenverein der Jüdischen Gemeinde war dies alles Grund genug, zu einer Fahrt nach Erfurt einzuladen. Frau Renate Aris, Schatzmeisterin der DIG-AG Chemnitz und Vorsitzende des Frauenvereins der jüdischen Gemeinde, hatte die Reise zusammen mit Pfarrerin Dorothee Lücke, Vorsitzende der DIG-AG Chemnitz, sorgfältig vorbereitet. Dank Förderung durch das DIG-Präsidium konnten auch 15 Mit-

glieder des Frauenvereins der jüdischen Gemeinde Chemnitz teilnehmen.

Als Teilnehmer dieser Fahrt bin ich tief bewegt. Ich konnte Einblicke nehmen in das reiche kulturelle und religiöse Leben jener Jahre. Zugleich spüre ich tiefe Scham über das unsagbare Leid, das wir Christen über Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Tradition gebracht haben! Erfurt war eine reiche und tief religiöse Stadt. Nicht umsonst nannte man es das „Rom diesseits der Alpen“. Mariendom, St. Severi und unzählige Kirchen und Klöster zeugen noch heute davon. Martin Luthers Glaubensweg begann im Erfurter Augustinerkloster.

Aber: was haben wir Christen durch Jahrhunderte denen angetan, die – wie wir es seit Papst Johannes Paul II. sagen – unsere „älteren Brüder und Schwestern“ sind?

Karl-Heinz Kleve, Pfarrer i.R.

Mythos Orient, ein bis heute wirksames Idealbild

Freiburg. Am 21. November 2013 sprach die Islamwissenschaftlerin Renate Heugel zu dem Thema „Die Beziehungen zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich im 19. Jahrhundert und deren Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung im Osmanischen Reich“. In ihrem überaus informativen Vortrag zeigte sie die Entwicklung des riesigen os-

manischen Vielvölker-Reiches und seine Wechselwirkungen mit der christlichen europäischen Außenwelt sowie auch das türkisch-arabische Konkurrenzverhältnis auf.

In Deutschland ist das Bild vom Orient bis heute durch ein Idealbild geprägt, das auf dem Mythos Orient basiert. Dieses realitätsferne Bild entwickelte sich im 18.

Jahrhundert, wahrscheinlich gerade auch, weil es zwischen Deutschen und Osmanen wenig persönliche Kontakte gab. Umso mehr haben deutsche Dichter, Philosophen und Künstler wie z. B. Lessing („Nathan der Weise“), Goethe („West-östlicher Divan“) und Mozart („Entführung aus dem Serail“, „Zauberflöte“) zu einem idealisierten Bild des Orient beigetragen.

Die realen Begegnungen zwischen Osmanen und dem christlichen Europa waren bis ins 19. Jahrhundert vornehmlich feindlich, da die Osmanen immer weiter nach Westen vordrangen. Erst im 19. Jahrhundert, als das Osmanische Reich immer schwächer wurde und durch interne Nationalbestrebungen unter Druck geriet, suchten die Osmanen die Unterstützung der westlichen Mächte in Form von Militärhilfe und wirtschaftlicher Unterstützung.

Die christlichen Großmächte wie England, Frankreich, Österreich-Ungarn und Russland nutzten die Möglichkeiten zur Einflussnahme. Jede Nation suchte sich im Osmanischen Reich eine Gruppe von „Schutzbefohlenen“, deren Interessen man vorgab zu vertreten. Frankreich unterstützte beispielsweise die Katholiken, Russland wandte sich den russisch-orthodoxen Christen zu und England nahm sich der Protestanten und Juden an.

Im Osmanischen Reich hatten religiöse Minderheiten wie Christen und Juden den sogenannten Dhimmi-Status. Sie waren geduldet, mussten aber eine Sondersteuer entrichten und durften keine Herrschaft ausüben. Der Zugang zur Oberschicht war ihnen verwehrt. Das Verhältnis zu ihnen war von der Willkür des jeweiligen Herrschers geprägt. Dennoch standen die Osmanen der Idee einer jüdischen Immigration bis ins 19. Jahrhundert nicht ablehnend gegenüber. In Europa herrschte zeitweilig der Gedanke vor, die Immigration europäischer Juden in die osmanische Provinz „Bilad al-Urdun“ – diese entspricht dem Gebiet vom Mittelmeer bis zum Jordan – zu fördern.

Vor 1870 gab es bereits starke jüdische Zentren in Jerusalem, Safed, Tiberias und Hebron.

In diesem Zusammenhang gab Frau Heugel einen interessanten Hinweis: Bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts betrachteten die Moslems nur die Al Aksa Moschee, den Felsendom und den Tempelberg als so genanntes Waqf-Land, also als ein nach islamischem Recht von Gott anvertrautes Stiftungsgut. Erst zu Beginn der 1930er Jahre erklärte ein muslimischer Rechtsgelehrter das gesamte Gebiet westlich des Jordan zum so genannten Waqf-Land.

Im 19. Jahrhundert stand das Osmanische Reich kurz vor dem Staatsbankrott und wurde zunehmend von innen durch die arabische Nationalbewegung und andere Spannungsfelder unterhöhlt. Für diesen Niedergang gibt es in der Neuzeit zwei Erklärungsmuster: Zum einen den europäischen Imperialismus, zum anderen die Schwäche des Osmanischen Reiches als Voraussetzung für die europäische Einflussnahme. Damals wie heute standen arabische und türkische Interessen in Konkurrenz zueinander. Während die Stärke der zentralen Gewalt des Osmanischen Reiches trotz Unterstützung europäischer Großmächte abnahm, gewannen Provinzgouverneure und arabische Separationsbestrebungen mit Hilfe von Frankreich an Macht.

Französische Kleriker und Geschäftsreisende trugen außerdem erheblich zur Verbreitung der europäischen Form des Antisemitismus in den arabischen Gebieten bei. Die Folgen zeigen sich bis heute.

Renate Heugel ist die Verfasserin des Buches „Die deutsch-arabische Freundschaft. Deutsche Geschichte in syrischen Schulbüchern“. Die ideologiekritische Untersuchung der Geschichtsdarstellung geht der Frage nach, worauf sich die in der arabischen Welt häufig gern reklamierte Freundschaft mit Deutschland gründet. In der Darstellung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges gibt es eine unverhohlene Tendenz zur Bewunderung und Sympathie für die Nationalsozialisten und dem von ihnen vertretenen Rassismus und Antisemitismus. Diese Tendenz ist im arabischen Raum weiterhin wirksam. Deutsche Islamwissenschaftler neigen mehrheitlich dazu, die Augen vor dieser Tatsache zu verschließen. Obwohl dies im Widerspruch zur deutschen Erinnerungskultur steht, übersehen sie den Antisemitismus in der arabischen Welt aus Rücksicht auf arabische Empfindlichkeiten. Oder sie übernehmen die Erklärungsmuster aus dem arabischen Kulturraum, die den Antisemitismus nicht auf religiös-kulturelle Wurzeln zurückführen, sondern auf die Existenz Israels, durch welche Verschwörungstheorien, Holocaustleugnung und Hitlerverehrung überhaupt erst hervorgebracht werden.

Für Renate Heugel ist eine eindeutig verurteilende Haltung gegenüber Antisemitismus und Nationalsozialismus jedoch nicht verhandelbar. Ihr Vortrag über das Osmanische Reich stieß bei den Zuhörern in Freiburg auf eine gute Resonanz. Wir können eine Veranstaltung mit Frau Heugel sehr empfehlen. ■

Elisabeth Burkard

Erstmalig Schalom-Chaver-Preis vergeben

Auricher Preisträgerin verwendet Preisgeld für Stolperstein

Ostfriesland. Am 24. Januar hat die DIG Ostfriesland zusammen mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) erstmalig den Schalom-Chaver-Preis an ostfriesische Oberstufenschüler vergeben. Die würdige Preisverleihung fand im sehr gut besuchten Versammlungssaal der ehemaligen Jüdischen Schule Leer statt. Preisgelder in Höhe von 1.200,- € und Buchpreise gingen an Jugendliche aus Moormerland, Leer und Aurich. Neelke Lieutnant von der IGS Aurich-West hat über das Schick-

sal der jüdischen Familie Stoppelmann geschrieben und verwendet ihr Preisgeld (3. Preis) bei der nächsten Verlegung für einen Stolperstein, der an Minna Stoppelmann erinnern soll. Folgende Arbeiten hielt die Jury für preiswürdig:

- 1. Preis (500,- €) Femke Hesse, Freie Christliche Schule Ostfriesland mit einer Arbeit über Felix Nussbaum
- 2. Preis (300,- €) Sebastian Pietryga, Taletta-Groß-Gymnasium Leer mit einer Arbeit über das Schicksal des jüdischen Mädchens Carla Gans

- 3. Preis (200,- €) Neelke Lieutnant, Integrierte Gesamtschule Aurich-West, mit einer Arbeit über die Familie Stoppelmann

- 3. Preis (200,- €) Melina Schwengels, Freie Christliche Schule Ostfriesland mit einer Arbeit über die verbindende Kraft der Musik über ideologische Grenzen hinweg

Buchpreise erhielten Alina Eckhoff, Freie Christliche Schule Ostfriesland für ihre Arbeit über die Fragwürdigkeit der Kreuzzüge und Jonathan Disselhoff, TGG

Leer für seine Arbeit über das Schicksal des Jechiel Hirschberg.

Beide Gesellschaften (DIG und GCJZ) hatten im letzten Jahr den Schalom-Chaver-Preis ausgeschrieben. Bewerben konnten sich Oberstufenschüler aus Ostfriesland mit ihren Facharbeiten, die sich mit einem Thema aus dem weiten Feld Israel, Nahost, Judentum, christlich-jüdisches Zusammenleben in historischen, politischen oder gesellschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzen. „Damit wollten und wollen wir die Jugendlichen anregen, in diesem Themenbereich zu arbeiten, Fragestellungen zu entwickeln und sich damit auseinanderzusetzen“, so Ingo Carl, Vorstandsmitglied der DIG-Ostfriesland. Auch in diesem Jahr könnten sich wieder Jugendliche ostfriesischer Oberstufen mit ihren Arbeiten um den Schalom-Chaver-Preis bewerben.

Am Freitag betonten die Laudatoren, dass alle preiswürdigen Schülerarbeiten in ihrer Qualität sehr dicht beieinander lägen und der Jury die Platzierung der Arbeiten sehr schwer gefallen sei. Dies sei umso erfreulicher, so Ingo Carl, als damit



Die Preisträger (sitzend v.l.n.r.): Sebastian Pietryga, Femke Hesse, Jonathan Disselhoff - (stehend v.l.n.r.): Melina Schwengels, Neelke Lieutenant, Alina Eckhoff

entsprechend der Zielsetzung des Schalom-Chaver-Preises der Geist von Frieden und Verständigung Wirkung entfalte, so wie es die beiden Gesellschaften mit der Namensgebung des Preises beabsichtigt hätten. Man habe sich mit Bedacht

angelehnt an den berühmt gewordenen Ausspruch von Bill Clinton am Grab des Friedensnobelpreisträgers Yitzhak Rabin: „Shalom Chaver!“ (hebräisch: ‚gehe in Frieden mein Freund!‘).

Wolfgang Freitag

Festkonzert zum Gedenken an die Grundsteinlegung der Augsburger Synagoge vor 100 Jahren

Augsburg. Alles, was Rang und Namen hat in Augsburg, war am 6. Juli diesen Jahres in der herrlichen Augsburger Synagoge versammelt zu einem Benefizkonzert zum Gedenken an die Grundsteinlegung dieses monumentalen Kuppelbaus im Herzen der Stadt vor 100 Jahren. Dieser mit so viel Selbstbewusstsein und Stolz kurz vor Ausbruch des 1. Weltkriegs begonnene Bau konnte erst Anfang der 20er Jahre fertiggestellt werden und überlebte in seiner Bausubstanz dank glücklicher Umstände die Reichspogromnacht und ist damit ein Zeugnis für Blüte, Niedergang und Auferstehung jüdischen Lebens in Augsburg.

DIG-Mitglied Gereon Trier war der Organisator und Dirigent dieses unvergesslichen Konzertes, in dem der Raum rund um die Bima gefüllt war mit Sängern und Instrumentalisten, die aus mehreren Chören und Kammerorchestern zusammengestellt waren. „Mirjams Siegesgesang“ von Schubert, Felix Mendels-



Festkonzert in der Augsburger Synagoge mit dem Dirigenten Gereon Trier

sohn-Bartholdys Konzert für Violine und Orchester in e-Moll und Beethovens Eroica waren das anspruchsvolle Programm eines Abends, bei dem sich Landesrabbiner em. Dr. Henry Brandt fragte, wie eine solche Veranstaltung noch getoppt

werden kann, wenn es um die Jubiläen der Einweihung und Wiedereinweihung gehe. Der Erlös wurde der Israelitischen Kultusgemeinde zum Unterhalt der Synagoge gewidmet.

Dieter Munker

Sommerfest

Osnabrück. Es war kein gewöhnliches Sommerfest am 20. Juli 2014 im Garten von Heiner Brinkhege, Mitglied der DIG. Es war eher eine Benefiz-Veranstaltung. Und es kamen viele, Mitglieder und „Sympathisanten“. Sie alle wurden von Heiner Brinkhege und seiner Familie sehr aufmerksam und großzügig bewirtet und vom Duo Stella's Morgenstern mit wunderbaren Liedern verwöhnt. Die DIG spendete dafür einen namhaften Betrag nach Israel, der ausschließlich dazu dienen soll, Bäume zu pflanzen.

Für das Duo Stella's Morgenstern stehen 2 Stimmen, 4 Hände, 4 Sprachen und 12 Instrumente, verkörpert durch die Sängerin Stella Jürgensen und den Gitarristen Andreas Hecht. Die meisten Lieder sind Kompositionen des israelischen Künstlers prof*merose, in der anglo-sächsischen Folk-Tradition, als Blues oder Chansons gesetzt, gemischt mit mediterran-orientalischen Stimmungen. Es sind Lieder auf Hebräisch, Englisch, Jiddisch und Deutsch. Es sind Lieder, die nachdenklich machen.



Heiner Brinkhege

Jakov Zohar, Initiator und Gründungsmitglied und bis Ende 2012 Vorstandsmitglied der DIG in Osnabrück, erinnerte in einer flammenden Rede an den 66. Geburtstag des Staates Israel, der in diesem Jahr am 6. Mai gefeiert wurde. Zohar ließ die Entwicklung des Staates Israel seit seiner Gründung Revue passieren, analysier-



Das Duo Stella's Morgenstern sorgte mit seinen Liedern für Nachdenklichkeit.

te, zog Bilanz, brachte viele Dinge auf den Punkt. Während des ununterbrochenen Kampfes um seine Existenz, zählte Zohar



Jakov Zohar

auf, hat Israel eine Demokratie etabliert, Millionen von Einwanderern aufgenommen, eine tote Sprache wiederbelebt, eine Kultur geschaffen, eine der fortschrittlichsten Landwirtschaften der Welt entwickelt, sich in eine führende Nation im High-Tech Bereich verwandelt und aus dem Nichts eine Armee aufgebaut, die zu den schlagkräftigsten der Welt zählt. Nur mit dem Frieden täten sich die Israelis schwer, so Zohar. „In Israel und Palästina sterben Menschen, nur weil einige hasser-

füllte Extremisten auf beiden Seiten es so wollen!“

Diese Feindschaft existierte auch schon vor dem sechs Tage Krieg von 1967, erklärte Zohar, in dem die Gebiete besetzt wurden, die heute das Zentrum des Streites bilden. Und auch wenn die Besatzung aufgehoben werde, werde diese Feindschaft noch lange bestehen. Doch ein Ende der Besatzung könnte den Knoten des Hasses zu lösen beginnen, könnte Schritt für Schritt die historische, nationale und religiöse Flamme des Hasses dämpfen. Und es könnte damit auch zur Auflösung einiger „Knoten“ innerhalb der israelischen Gesellschaft selbst beitragen. Dies gelte allerdings nicht für die gläubigen Juden, die sogenannten ultranational-religiösen, da diese Gebiete Teil der göttlichen Verheißungen unseres Stammesvaters Abraham seien.

Jakov Zohar stellte die seit über 45 Jahren anhaltende verfehlte Siedlungspolitik Israels an den Pranger. Er meinte dazu: „Man hat den Interessenten skandalös hohe Vergünstigungen angeboten, um die Israelis massenweise in diese Siedlungen zu locken. Und so leben heute über eine halbe Million Menschen in den besetzten Gebieten.“

„Seit über 45 Jahren wird von den staatlichen Institutionen in ein Territorium investiert, das der größte Teil der Israelis als nicht zu ihm gehörend empfindet. Sie leben in einem permanenten Konfliktzustand nicht nur mit der Außenwelt – nicht nur mit

ihrem Feind – sondern auch mit sich selbst und mit ihren Werten. Denn irgendwo weiß jeder Mensch, wann er Unrecht tut oder mit dem Unrecht kooperiert.“

Für die Gründergeneration von 1948, für die Israel ein Traum war und die die Hoffnung hegte, eine moralische, gerechte Gesellschaft zu schaffen, eine Gesellschaft mit humanistischen und intellektuellen Visionen, sei die jetzige Situation Israels eine herbe Enttäuschung. Eine schrankenlose Macht und Herrschaft verführe dazu, den Hilflosen zu schaden, sie wirtschaftlich auszunutzen, sie kulturell zu erniedrigen und auch persönlich zu demütigen. Israel brauche die Erfahrung eines Lebens in Frieden, nicht nur, weil dies für seine Sicherheit und Wirtschaft notwendig sei, sondern damit es in gewisser Weise Bekanntschaft mit sich selbst machen könne!

Zohar erinnerte an den im Jahr 1993 ermordeten Ministerpräsidenten Itzhak Rabin, der den Weg des Friedens mit den Palästinensern eingeschlagen habe, weil er so klug war zu begreifen, dass die israelische Gesellschaft nicht ewig in einem ungelösten Konflikt würde existieren können. Früher als viele andere habe er erkannt, dass das Leben in einem kontinuierlichen Klima der Gewalt, der Besatzung, des Terrors, der Angst und Hoffnungslosigkeit Israel einen Preis abverlange, den es nicht bezahlen könne. Dies gelte auch heute, sogar mehr denn je.

Zohar erinnerte weiter an den Visionär David Ben-Gurion, der am 3. April 1949, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands mit Jordanien, in einer öffentlichen Rede folgenden Satz gesagt hat (Zitat): „*DER STAAT ISRAEL WIRD UNS NICHT GEHÖREN DURCH KRIEG UND MILITÄRISCHE STÄRKE ALLEIN*“.

Zohar beendete seine Rede mit einem Appell, in dem er auch sehr deutlich seiner Weigerung Ausdruck verlieh, ein Feind der Palästinenser zu sein. „*Wir brauchen den Frieden dringend. Frieden nach außen und damit auch den inneren Frieden.*

*Kein Land der Welt kann unendlich auf Bajonetten leben ohne sich selbst zu zerstören. Der bekannte liberale jüdische Religionsphilosoph Martin Buber hat uns gelehrt (Zitat): ‘Nie die Rechte der jeweils anderen, nie die Rechte der eigenen Nachbarn vergessen!’ Freunde in Israel: **Wacht auf, bevor es zu spät ist.**“*

Elisabeth Michel

Aus Solidarität zu den Menschen im Nahen Osten. Das Junge Forum engagiert sich gegen Antisemitismus und Antizionismus

Von Lukas Welz

Anlässlich des internationalen Tages der Solidarität mit Israel hatte das Junge Forum der DIG mit dem AJC Berlin eine persönliche Erklärung junger Menschen in Deutschland initiiert, die den andauernden Terror der Hamas, der sich gegen die Menschen in Israel wie im Gazastreifen richtet, verurteilt. Die antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland, auch bei Aktionen des Jungen Forums, haben den Bundesvorstand des zu einer weiteren Erklärung veranlasst. Das Junge Forum war auch in diesem Jahr, wie in den vergangenen Jahren, Teil eines linken Bündnisses gegen den Berliner Al Quds-Marsch. Etwa 450 Teilnehmende wurden bei den Protesten am Adenauerplatz gezählt.“

Berlin, 17. Juli 2014 Solidarität mit Israel – Stoppt den Raketenterror von Hamas und Co.!

Der andauernde Raketenschuss auf das gesamte Staatsgebiet Israels erschüttert uns zutiefst. Unser Mitgefühl gilt unseren Freundinnen und Freunden in Israel, die, unabhängig von politischem, religiösem und ethnischen Hintergrund, durch die Raketen und Mörsergranaten aus dem Gazastreifen betroffen sind.

Unser Mitgefühl gilt auch den Palästinenserinnen und Palästinensern, die im Gazastreifen seit Jahren unter dem Hamas-Terrorregime und dessen gewaltvollen Konsequenzen leiden. Unabhängig unserer politischen Einstellungen zu den bisherigen Ergebnissen der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern, hoffen wir auf einen sofortigen Waffenstillstand.

Während Israel auf einen von Ägypten vorgelegten Waffenstillstandsplan

einging, attackierte die Hamas die israelische Zivilbevölkerung unvermindert weiter. Die Hamas muss ihren Raketenterror stoppen, damit ein Waffenstillstand in Kraft treten und die Zivilbevölkerung in Israel und in Gaza geschützt werden kann.

Die Situation hat sich massiv verschärft, was mit der Entführung und Ermordung der drei jugendlichen Israelis begann und mit mehreren hundert Raketen und Mörsergranaten auf israelisches Gebiet fortgesetzt wurde. Palästinenserpräsident Abbas hat sich vom Raketenschuss bislang nicht hinreichend distanziert. Gleichzeitig hat er die Maßnahmen der israelischen Armee zur Unterbindung des Schusses als „Genozid“ bezeichnet und in einem Atemzug mit Auschwitz genannt.

Israel hat das Recht und die Pflicht, sich gegen den Raketenterror zur Wehr zu setzen und seine Bevölkerung zu schützen. Während das israelische Militär bei seinen Verteidigungsmaßnahmen versucht, zivile Opfer im Gazastreifen zu vermeiden, nehmen die Hamas und andere Terrorgruppen gezielt Städte und Wohngebiete ins Visier. Die Hamas schreckt auch nicht davor zurück, die palästinensische Bevölkerung tödlicher Gefahr auszusetzen, indem Kinder und Jugendliche als „menschliche Schutzschilde“ missbraucht werden und militärische Einrichtungen in ziviler Umgebung errichtet werden.

Wir rufen alle demokratischen Parteien und Verbände, Kirchen und Initiativen zur öffentlichen Unterstützung für Israels Recht auf Selbstverteidigung und den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung vor dem Terror der Hamas auf.

Initiatoren

Fabian Weißbarth, *American Jewish Committee Berlin*

Lukas Welz, *Bundesvorsitzender Junges Forum DIG, Mitglied im Präsidium, Deutsch-Israelische Gesellschaft*

Erstunterzeichnende

Christoph Brzezinski, *Landesvorsitzender Junge Union Berlin*

Ina Dinslage, *Sprecherin Junges Forum DIG Hamburg*

Christoph Elsner, *Sprecher Junges Forum DIG Hannover*

Dominik Fronert, *Sprecher Junges Forum DIG Berlin*

Stefan Hensel, *Hamburg für Israel e.V.*

Niklas Hörmann, *Café Israel – DIG-Hochschulgruppe Bamberg*

Carola Jaeckel, *stellvertretende Bundesvorsitzende Junges Forum DIG, Sprecherin Café Israel – DIG-Hochschulgruppe Bamberg*

Kevin Kühnert, *Landesvorsitzender Jusos Berlin*

Tibor Luckenbach, *Sprecher Junges Forum DIG Frankfurt am Main*

Andreas Meinzer, *Sprecher Junges Forum DIG Freiburg*

Holger Michel, *stellvertretender Bundesvorsitzender Junges Forum DIG*

Monty-Maximilian Ott, *Sprecher Junges Forum DIG Hannover*

Maya-Lina Wock, *Sprecherin Junges Forum DIG Berlin*

Unterzeichnende

Felix Bethmann, *stellvertretender Landesvorsitzender Jusos Berlin*

Berlin, 22. Juli 2014: Erklärung des Bundesvorstands des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft anlässlich der jüngsten antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland

Deutschland 2014: Immer aggressiver und unverhohlener werden auf Deutschlands Straßen Jüdinnen, Juden oder israelsolidarische Bürgerinnen und Bürger attackiert, beleidigt und beschimpft. Diese neue Welle des Antisemitismus wird getragen von einem Zusammenschluss aus Islamisten, Neonazis und Linken und stößt über diese Gruppen hinaus auf einen fruchtbaren Boden von Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft. Gemeinsam ist ihnen ihr Hass auf Israel, der sich auch in etablierten politischen und gesellschaftlichen Kreisen in antizionistischer Manier äußert.

Kritik an der Politik des Staates Israel ist legitim und Ausdruck lebendiger demokratischer Praxis, wie sie in Israel selbst gelebt wird. Was wir derzeit erleben ist dagegen Ausdruck puren Menschenhasses. Israelunterstützer, Kippaträger und Synagogen sind Ziele des Angriffs.

Martin Bieber, Adam Elnakhal

Dr. Dorit Felsch, *Pfarrerin, Köln*

Saskia Fischer, *Vorstandsmitglied DIG Bielefeld, Mitglied Junges Forum DIG*

Irene Hahn, *Vorstandsmitglied DIG Ulm*

Silke Hansmann, *Vorsitzende Jusos Göttingen*

Hannes Hartmann, *SPD*

Dr. Oliver Benjamin Hemmerle

Rejane Herwig, *stellvertretende Landesvorsitzende Jusos Berlin*

Kevin Hönicke, *Vorsitzender Jusos Berlin-Lichtenberg*

Hannes Krapp

Pat Kreß, *Vorstandsmitglied SPD Mettmann*

Philipp Le Butt, *Vorsitzender Jusos Hannover, Mitglied im Jungen Forum DIG Hannover*

Thomas Mayer, *stellvertretender Vorsitzender Hamburg für Israel e.V.*

Anne Meyer, *stellvertretende Landesvorsitzende Jusos Berlin*

Johannes C. Reinhardt, *Vorstandsmitglied DIG Osnabrück*

Oliver Helmut Runge, *Kreisvorsitzender Junge Union Berlin-Pankow*

Julian Senders, *Landesvorstand Junge Union Berlin*

Annina Schmidt, *Junges Forum DIG Berlin*

Malu Stallecker, *Jusos Mannheim*

Die Polizei wurde oftmals überrascht, war schlecht vorbereitet oder gegenüber den Gefahren ignorant. So konnte auf einer Demonstration in Frankfurt am 12. Juli durch den Lautsprecher der Polizei „Kindermörder Israel“ skandiert werden. Eine spontane Protestkundgebung von Mitgliedern des Jungen Forums der DIG und des DIG-Vizepräsidenten Sven-Christian Kindler (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) während einer Demonstration Demo for Palestine am 20. Juli 2014 in Hannover wurde gewaltsam attackiert. Auch hier war die Polizei überfordert und konnte nicht für den Schutz des friedlichen Protestes sorgen. Bereits am 20. Juni 2014 kam es auf einer Mahnwache für die drei entführten israelischen Jugendlichen zu einem antisemitisch motivierten Angriff durch Mitglieder einer Gegenkundgebung der AG Palästina von ATTAC Hamburg.

„Schlachtet die Juden ab“ (Berlin am 11. Juli 2014), „Juden ins Gas“ (Gelsenkirchen am 11. Juli 2014) „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ (Berlin am 17. Juli 2014), ein vereitelte Anschlag auf die Alte Synagoge in Essen und ein gewaltsamer Angriff auf die friedliche israelsolidarische Gegenkundgebung (17. Juli 2014), Jagdszenen in der Göttinger Innenstadt mit Verletzten (19. Juli 2014), sowie am 20. Juli 2014 der Angriff auf ein israelisches Paar während einer Gaza-Demonstration in Berlin sind weitere Beispiele dieses zunehmenden Antisemitismus, der sich nicht mehr nur verbal äußert.

Es braucht gesellschaftliche und politische Antworten

Mittlerweile werden diese Kundgebungen von Politikerinnen und Politikern verurteilt, Stellungnahmen der Bundesregierung oder des Bundespräsidenten lassen derweil auf sich warten. Anders als in Frankreich, wo derartige Demonstrationen verboten wurden, wird gegen diesen offenen Antisemitismus auf Deutschlands Straßen aber weder politisch, noch polizeilich vorgegangen. Darüber hinaus sind gesellschaftliche Antworten nötig: Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in Bildungsprojekten gegen Antisemitismus und Antizionismus einsetzen, etwa die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, müssen endlich auch finanziell unterstützt werden: Ideelle Förderungen sind nur Lippenbekenntnisse!

Am Freitag, 25. Juli 2014 werden auf dem Berliner Kurfürstendamm wieder Hunderte Anhänger des iranischen Regimes und der libanesischen Hisbollah für die Befreiung Jerusalems und die Vernichtung Israels während des Al-Quds-Tages demonstrieren. Dem Marsch haben sich in den vergangenen Jahren so genannte Friedensaktivisten und Neonazis angeschlossen. Es ist zu befürchten, dass dieser alljährliche antisemitische und antizionistische Marsch in diesem Jahr angesichts der aufgeheizten Stimmung der vergangenen Tage und Wochen zu weiterer verbaler und tätlicher Gewalt führen wird. Von Berlin aus darf keine Unterstützung mehr für antisemitische und antizionistische Gewalt ausgehen – die Tradition antisemitischer Aufmärsche in Berlin muss ein Ende haben! Ein Verbot des jährlichen Aufmarschs wäre eine symbolische Geste der Solidarität mit den emanzipatorischen Kräften im Nahen und Mittleren Osten und im Exil. ■

DIG-Bundesgeschäftsstelle:

Friedrichstraße 206, 10969 Berlin
Tel.: 030/80907028 • Fax: 030/80907031
E-Mail: info@digev.de
www.digev.de

Augsburg-Schwaben: Dr. Dieter Münker
Am Hang 11, 86356 Neusäß
Tel. & Fax: 0821/482919 • Fax: 0821/4860319
E-Mail: dieter.muenker@t-online.de

Baden-Baden: Barbara Hoffs
Maria-Viktoria-Straße 29, 76530 Baden-Baden
Tel.: 07221/22275 • Fax: 07221/26860
E-Mail: be.hoffs@googlemail.com
www.baden-baden.deutsch-israelische-gesellschaft.de

Berlin-Potsdam: Jochen Feilcke
Geschäftsstelle, Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel.: 030/28395-215 • Fax: 030/28395-116
E-Mail: schalom@digberlin.de
www.digberlin.de

Bielefeld: Günther Tiemann
Roonstraße 62, 33615 Bielefeld
Tel.: 0521/121748
E-Mail: gg.tiemann@t-online.de
www.dig-bielefeld.de

Bodensee-Region: Ruth Frenk
Hüetlinstraße 19, 78462 Konstanz
Tel.: 07531/23769 • Fax: 07531/17064
E-Mail: dig-frenk@t-online.de
www.dig-bodensee.de

Bonn: Hanna Huthasaari
Geschäftsstelle, Beethovenstraße 15, 53115 Bonn
Tel. & Fax: 0228/6846860
Tel.: 0228/99515544 • Fax: 0228/99515309
E-Mail: info@dig-bonn.de
www.dig-bonn.de

Braunschweig: Prof. Dr.-Ing. J.-H. Kirchner
Am Honigbleek 7, 38124 Braunschweig
Tel.: 0531/610689 • Fax: 0531/610697
E-Mail: J.Kirchner@tu-bs.de
www.braunschweig.digev.de

Bremen/Bremerhaven: Dr. Hermann Kuhn
Lessingstraße 10, 28203 Bremen
Tel.: 0421/5974721 • 0177-3143514
E-Mail: Hermann.Kuhn@gruene-bremen.de
www.dig-bremen.de

Chemnitz: Dorothee Lücke
c/o Evang. Forum, Theaterstr. 25, 09111 Chemnitz
Tel.: 0371/4005612
E-Mail: chemnitz@digev.de
http://chemnitz.deutsch-israelische-gesellschaft.de

Cottbus: Johanna Melchior
Wilhelm-Riedel-Str. 9, 03042 Cottbus
Tel.: 0355/7542637
E-Mail: johmelchior@t-online.de

Cuxhaven: Andreas Oetjen
Hünenkamp 19, 27607 Langen
E-Mail: andreas.oetjen@ewe.net

Dresden: Ralf Wilhelm
Eibauer Straße 26, 01324 Dresden
Tel. & Fax: 0351/4604888
E-Mail: RalfWilhelm@t-online.de
http://dresden.digev.de

Düsseldorf: Wolfgang Wende
Görsenkothen 16, 40882 Ratingen
Tel.: 02102/871442 • Fax: 02102/871459
E-Mail: dig@israel-international.de

Duisburg-Mülheim-Oberhaus.: Günter Reichwein
An der Hofstatt 13, 47259 Duisburg
Tel.: 0203/750197
E-Mail: reichwein@t-online.de
www.DIG-duisburg-muelheim-oberhausen.de

Erfurt: Franziska Schmidtke
Georg Büchner Straße 20, 07749 Jena
E-Mail: dig-erfurt@gmail.com
http://erfurt.deutsch-israelische-gesellschaft.de

Franken: Helmut Hempfling
Willy-Lessing-Straße 7a, 96047 Bamberg
Tel.: 0951/2978713 • Fax: 0951/2978726
E-Mail: digfranken@web.de

Frankfurt am Main: Claudia Korenke PR GmbH
Kettenhofweg 92, 60325 Frankfurt
Tel.: 069/975856-0 • Fax: 069/749043
E-Mail: admin@dig-frankfurt.de
www.dig-frankfurt.de

Freiburg: Ursula Fiedler
Langen Wangen 2, 79112 Freiburg
Tel.: 07664/4587
E-Mail: peter_ursula_fiedler@t-online.de
www.deutsch-israelische-gesellschaft-freiburg.de

Halle-Umland: Christel Vogel
Am Busch 5, 06766 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0163/2070668
E-Mail: Christel.Vogel@komba-abl.de
www.dig-halle.de

Hamburg: Sefan Hensel
Geschäftsstelle, Kraysenkamp 8, 20459 Hamburg
Tel.: 040/37678138 • Fax: 040/37678237
E-Mail: dig-hamburg@gmx.de
www.dighamburg.de

Hannover: DIG Arbeitsgemeinschaft Hannover
Postfach 1267, 30954 Hemmingen
Tel.: 0511/2343572 • Fax: 0511/4108915
E-Mail: info@dig-hannover.de
www.dig-hannover.de

Heidenheim: Gertrud Sturmhöfel
Bühlstraße 7, 89522 Heidenheim
Tel.: 07321/929186 • Fax: 07321/929189
E-Mail: DIG-AG-Heidenheim@gmx.de

Heilbronn-Unterland:
Bernd Sommer
E-Mail: muristan@web.de

Kassel: Manfred Oelsen
Waldecker Straße 10 A, 34128 Kassel
Tel.: 0561/882568 • Fax: 0561/884624
E-Mail: Oelsen@t-online.de
www.digkassel.de

Kempten-Allgäu: Luis Kornes
Falkenstraße 1, 87527 Sonthofen
Tel.: 08321/7805880 • Fax: 08321/7805881
E-Mail: alois.kornes@t-online.de
www.dig-kempten-allgaeu.de

Leipzig: Dr. Thomas Feist MdB
Brühl 33, 04109 Leipzig
Tel.: 0341/3505895 • Fax: 0341/3505897
E-Mail: leipzig@digev.de
www.dig-leipzig.de

Magdeburg: Gerhard Miesterfeldt
Asterweg 15, 39179 Barleben
Tel.: 0391/5601007 (dienstl.)
Fax: 0391/5601008 (dienstl.)
Tel.: 03920/35386 (privat)
E-Mail: miesterfeldt@freenet.de
www.dig-magdeburg.de

Mainz: Alfred Wittstock
Rilkeallee 45, 55127 Mainz
Tel.: 06131/680283
E-Mail: Alfred.Wittstock@gmx.de
www.dig-mainzag.de

Mannheim/Rhein-Neckar: Hannes Greiling
Ifflandstraße 9, 68161 Mannheim
Tel.: 0178-4482056
E-Mail: hannes.greiling@dig-rn.de
www.digrheinneckar.de

Memmingen: Efrat Pan
Zollergraben 3, 87700 Memmingen
Tel.: 0151-65407730
E-Mail: memmingen@digev.de

München: Torsten Weber
Postfach 101325, 80087 München
Tel.: 089/45810936
www.dig-muenchen.de

Münster: Matthias Hake
Twenhöfenweg 7, 48167 Münster
E-Mail: hake67@gmx.de

Nordhausen: Arndt Schelenhaus
Wilhelm-Nebelung-Straße 39, 99734 Nordhausen
Tel.: 0173/2529210
E-Mail: nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken: André Freud
Kernstraße 11, 90429 Nürnberg
Tel.: 0151-404444738
E-Mail: freud@econ-ub.de

Oldenburg: Dr. Klaus Thörner
Hans-Fleischer-Straße 31, 26131 Oldenburg
Tel.: 0441/99858372
E-Mail: part.isan@hotmail.de

Osnabrück: Kai Evenhuis
Obere Findelstätte 51, 49124 Georgsmarienhütte
Tel.: 05401/1263 • Fax: 0541/431871
E-Mail: kaiev@aol.com

Ostfriesland: Wolfgang Freitag
Am Tennisplatz 7, 26605 Aurich-Extum
Tel.: 04941/982903 • Fax: 04941/982904
E-Mail: DIGOstfrieslandFreitag@t-online.de
http://ostfriesland.deutsch-israelische-gesellschaft.de

Potsdam: Christian Großmann
potsdam@digev.de

Rosenheim: Franz Schneider
Memeler Str. 15, 83064 Raubling
Tel.: 08035/5101 • Fax: 08035/2372
Tel. mobil: 0171/2609289
E-Mail: dig@schneider-raubling.de
www.dig-rosenheim.de

Saar: Iris Neu
Dr.-Schönemann-Straße 27, 66123 Saarbrücken
Tel.: 0681/3904180
E-Mail: irsneu@aol.com
www.dig-saar.de

Schleswig-Holstein: Anke Eymer
Postfach 1632, 23505 Lübeck
Tel.: 0451/4005016 • Fax: 0451/4005023
E-Mail: info@anke-eymer.de

Schwerin: Martin Loos
Carlshöhe 17a, 19055 Schwerin
Tel.: 0385/64399016
E-Mail: martin.loos@onlinehome.de

Speyer-Pfalz: Günter Ott
Im Lammsbauch 25, 67346 Speyer
Tel.: 06232/26091 • Fax: 06232/26428
E-Mail: ottgmbh@aol.com

Stuttgart/Mittl. Neckar: Bärbel Illi
Keplerstraße 34, 73760 Ostfildern
Tel.: 0711/4411138 • Fax: 0711/4403708
E-Mail: baerbel.illi@t-online.de
www.dig-stuttgart.net

Trier: Dr. med. Mark Indig
Kutzbachstraße 7, 54290 Trier
Tel.: 0651/49695 oder 57783
Tel. mobil: 10714267920
E-Mail: mark_indig@yahoo.de
www.dig-trier.de

Ulm/Neu-Ulm: Martin Tränkle
Margarete-von Wrangell-Weg 3, 89075 Ulm
Tel.: 0731/57899 • Fax: 0731/9509281
E-Mail: MartinTraenkle@gmx.de

Weimar: Dr. med. Peter Zimmermann
Wagnergasse 34, 99423 Weimar
Tel.: 036452/72298
E-Mail: pezdiooc@aol.com

Westmünsterland: Dr. Wolfgang Buschfort
Th. Heuss-Ring 22, 46395 Bocholt
Tel.: 0179 4630099
E-Mail: wolfgang@buschfort.de

Wiesbaden: DIG, Christian Hill
Postfach 1433, 65004 Wiesbaden
Tel. & Fax: 0611/9404193 (ab 11.30 h)

Witten: Klaus Lohmann
Fasanenweg 21, 58454 Witten
Tel.: 02302/690543
E-Mail: martina.kliner-fruck@stadt-witten.de